

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
(14 Sgr. für die fünfgespal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

An die Leser.

Die gespannten politischen Verhältnisse legen uns die Pflicht auf, möglichst dafür Sorge zu tragen, daß unsere Leser mit thunlichster Schnelligkeit die neuesten Nachrichten aus Heimath und Fremde zugänglich werden. Es ist neuerdings wiederholt der Fall vorgekommen, daß wir nach dem Schlusse unserer Zeitung uns zugehende, namentlich telegraphische Berichte nur durch Extrablätter haben mittheilen können, bei welchen die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß sie nicht oder doch nicht rechtzeitig in die Hände der Leser gelangen. Die jetzt eröffneten Sitzungen des Landtags werden voraussichtlich ebenfalls des Wichtigen so Vieles bringen, daß für die Verarbeitung des mehr und mehr sich häufenden Materials ein längerer Zeitraum in Anspruch genommen werden muß. Deshalb haben wir uns entschlossen, vom nächsten Montag, den 23. d. M. ab unsere Zeitung vorläufig, im wohlverstandenen Interesse unserer Leser, statt wie bisher um 3 Uhr, erst um 4 Uhr Nachmittags auszugeben. Wir bitten, davon gef. Notiz nehmen zu wollen. Die Versendung der durch die Post bezogenen Exemplare erleidet dadurch keine Veränderung.

Die Redaktion.

Amtliches.

Berlin, 19. Januar. Der Landgerichts-Assessor Johann Robert Gumes zu Cleve ist zum Advokaten im Bezirke des Königl. Appellationsgerichtshofes zu Köln mit Anweisung seines Wohnsitzes in Krefeld ernannt worden.

Das 1. Stück der Gesefammlang, welches heute ausgegeben wird, enthält unter Nr. 5160 den Allerhöchsten Erlaß vom 28. Nov. 1859, betr. die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chaussee von Kaiseran an der Leppestraße über Grielingsdorf und Dohrgau nach Niedergau an der Lindlar-Wipperfurth-Bezirksstraße im Regierungsbezirk Köln; unter Nr. 5161 das Statut des Rentersdorfer Reichverbandes, vom 12. Decbr. 1859; unter Nr. 5162 das Statut der Genossenschaft der Wiesenbesitzer des Offenberger Brachs in den Gemeinden Asberg (Moers), Pomberg und Hochemerich, Kreis Moers, im Regierungsbezirk Düsseldorf, vom 12. Dec. 1859; und unter Nr. 5163 den Allerhöchsten Erlaß vom 12. Dec. 1859, betr. die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den chausseemäßigen Ausbau und die Unterhaltung der Gemeindestraße von Haffst an der Sieglstraße bei Gitorf im Sieglkreise, Regierungsbezirk Köln, durch das Diersbacher Thal nach Schönenberg an der Broelstraße.

Berlin, den 17. Januar 1860.

Debitskomitee der Gesefammlang.

Telegramme der Posener Zeitung.

Paris, Mittwoch, 18. Januar. Nach einem hier eingegangenen Telegramm aus Rom sagt das „Giornale di Roma“ vom 17. d., daß der Papst den Katholiken, denen die Erhaltung des Kirchenstaats am Herzen liegt, mit Zurückweisung der Rathschläge des Kaisers Napoleon geantwortet habe. (Eingegangen 19. Januar 8 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 18. Jan. [Vom Hofe; Festlichkeiten; Verschiedenes.] Heute Mittag empfing die Königin den General v. Gerlach und den Präsidenten v. Kleist. Darauf machten Ihre Majestäten eine Spazierfahrt. Personen, die Nachmittags vom Schloß Sanssouci hier eintreffen, brachten die Nachricht mit, daß es mit dem Befinden des hohen Patienten besser gehe. Die Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin wollte heute Mittag zum Besuch nach Schloß Sanssouci fahren; der Leibarzt des Königs, Dr. Grimm, der auch die hohe Frau behandelt, erklärte sich aber dagegen, weil ihm das Wetter zu dieser Fahrt zu nebelig war. Dabei macht indeß die Frau Großherzogin, auf Anordnung dieses Arztes, täglich Spazierfahrten im Thiergarten. Dort suchte sie heute Nachmittag auch ihr Sohn, der Herzog Wilhelm von Mecklenburg, auf, der kurz zuvor aus Brandenburg hier angekommen war. — Der Prinz-Regent ließ sich heute Vormittag von den Geheimräthen Mlaire und Costenoble Vortrag halten und arbeitete darauf mit dem Fürsten von Hohenzollern und den Ministern v. Auerwald und dem Grafen v. Schwerin, Mittags empfing der Prinz den Grafen von Poroncher und hatte derselbe auch die Ehre, zur Tafel gezogen zu werden. Der Graf, der heute Abend nach Petersburg abreisen will, wo er bekanntlich unseren Gesandten, v. Bismarck-Schönhausen, auf einige Zeit vertreten soll, machte heute allen hohen Herrschaften und den Ministern seine Abschiedsbesuche. Der Prinz Karl hielt heute Vormittag in seinem Palais ein Kapitel des Johanniterordens ab. Nachmittags fand bei ihm eine große Tafel statt, an der mehrere Mitglieder der königlichen Familie erschienen und zu welcher die sämtlichen Ritter, die dem Kapitel beizugehört, Einladungen erhalten hatten. Abends wurden die sämtlichen hohen Herrschaften die Assemblée besuchen, welche bei dem englischen Gesandten Lord Bloomfield stattfindet. Derselbe hat nämlich heute und für den nächsten Mittwoch, wo in der fürstlichen Familie Radziwill keine Sitzungen stattfinden, solche in seinem Hotel veranstaltet. Morgen ist wieder beim Prinz-Regenten große Soirée; in derselben werden mit den Mitgliedern der königlichen Familie auch viele jetzt hier anwesende fürstliche Personen, die Minister, die Präsi-

den des Landtags und andere hervorragende Persönlichkeiten erscheinen. Des Grafen v. Redern neue Oper „Christine“ ist gestern Abend beifällig aufgenommen worden; ein gut Theil des Beifalls dürfen die Künstler und die Musiker für sich in Anspruch nehmen, welche ihrerseits Alles ausboten, um das glänzende Publikum für die neue Schöpfung des gräflichen Komponisten zu gewinnen. Der ganze Hof wohnte mit seinen hohen Gästen dieser ersten Vorstellung bei; außerdem waren aber alle Plätze im ersten Rang, in den Logen und im Parquet von hochgestellten Personen besetzt. Nur bei Ausführung von Festopern war man bisher gewohnt, eine so glänzende Versammlung zu sehen. Wie ich höre, wird der Graf v. Redern allen Personen, die in seiner Oper mitgewirkt haben, und zwar zuerst den Darstellern, ein Diner geben. — Am Freitag wird in der Nähe von Potsdam eine Hofjagd abgehalten und dieser sollen noch zwei folgen, und zwar in der Künersdorfer Forst und auf dem Köpenicker Revier. Die Einladungen zu der ersten, an welcher der Prinz-Regent auch Theil nehmen will, sind bereits ergangen, und haben solche namentlich einige Mitglieder des Herrenhauses erhalten. — Heute Abend hatten sich die Studenten in der Universitätsverammlung, um wegen eines großen Balles zu berathen, der in diesem Winter stattfinden soll, nachdem der Senat hierzu seine Einwilligung gegeben. Es wurde beschlossen, den Ball am 10. Februar zu veranstalten, und ein Comité gewählt, das die nöthigen Vorbereitungen treffen soll. An dieser Ballgesellschaft werden auch die Universitätslehrer mit ihren Familien Theil nehmen. Ueber den Ballsaal ist man noch nicht einig. Man trägt sich jetzt mit der Hoffnung, daß auch hohe Herrschaften der Einladung folgen werden.

Berlin, 18. Jan. [Verkehrverhältnisse; Theatralisches.] Einem Handels- und Fabrikhaus Berlin, das besonders mit bedeutenden Lieferungen aus dem Gebiete unserer Kunstschlerei noch vor drei Jahren sehr ansehnliche Geschäfte machte, fehlen jetzt wieder in Folge der unglücklichen politischen Verhältnisse die sonst zahlreich eingegangenen Bestellungen aus den Staaten des mittleren Amerikas, namentlich aus Mexiko, aus der argentinischen Konföderation und den jetzt von ihr unabhängigen Republiken von Zentralamerika. Das Schreiben eines deutschen Handelsmannes in Valparaiso spricht es unumwunden aus, daß neben den inneren politischen Unruhen es vorzugsweise der erschütterte Glaube an die Erhaltung des europäischen Friedens ist, der allen Spekulationen der dortigen Handelswelt enge Schranken setzt. Man fügt noch besonders hinzu, daß nach wie vor die Republiken Mittelamerikas, vorzugsweise gern dem Beispiele der mexikanischen Staaten folgend, ihre Verbindungen mit Preußen und dem Zollvereine festzuhalten bestrebt sind, und daß Preußen und der Zollverein in ausgiebiger Weise durch umfichtige sachkundige Agenten dort vertreten sind, wie in Mexiko durch den Ministerresidenten Wagner, in Buenos Ayres durch den Geschäftsträger (zugleich Generalkonsul) für die La Plata-Staaten) Friedrich v. Gülich, in Chile durch den Geh. Rath Levenhagen. Diese thätigen Männer werden durch viele mit den Verhältnissen wohlvertraute Konsulatsbeamte unterstützt, die Alle, ohne Ausnahme, Geheiß deutscher Handlungshäuser und in den betreffenden Staaten naturalisirt und nationalisirt sind. Zur Charakteristik der beeinträchtigten Geschäftstätigkeit kann auch folgende, ganz der Wahrheit gemäße, Mittheilung dienen. Einer unserer größten Fabrikherren war dieser Tage bei einem sehr hochgestellten Staatsbeamten anwesend, und dieser sagte: „Ich freue mich zu hören, daß im neuen Jahre wenig oder gar keine Entlassungen von Fabrikarbeitern stattgefunden haben.“ — „Man hat Es, Excellenz vollständig, die Wahrheit gesagt“, erwiderte der Fabrikant, „doch hat man vergessen, die Veranlassung zu dieser Erscheinung hinzuzufügen.“ — „Und diese wäre?“ — „Sie liegt sehr nahe“, war die Antwort; „man hatte den Konjunkturen gemäß sich schon im Herbst überall bis auf die kleine Zahl der Unentbehrlichen beschränkt!“ — Die Voraussetzung, daß das neue Viktortheater kein Bedürfnis für die Hauptstadt sei, bewahrheitet sich schon jetzt sehr deutlich, da an manchen Tagen, selbst jetzt, wo noch der Reiz der Neuheit anzieht, das Haus nur halb gefüllt ist. Dieses Schicksal haben übrigens jetzt auch andere Berliner Theater oft; ein Ansturm, der jene Behauptung ebenfalls bestätigt. Wie wird es der neuen, in so übermäßigen Dimensionen aufgeführten Bühne erst ergehen, wenn sie, wie man wissen will, bald genöthigt sein sollte, die für ein selbändres Theater schon sehr hohe Preise noch weiter zu steigern! Die Talente des Personals stehen durchaus nicht im richtigen Verhältnisse zu großartigen Anlagen. Die letzten Vorstellungen des Schauspiel: „Wie geht es dem Könige?“ (in der Friedrich-Wilhelmsstadt) waren auch nicht sehr beachtet; es hat aufgehört, Rassenstück zu sein. Viel länger scheint sich im Wallnerischen Theater das Schauspiel „Lust und Pöppelspiel“. Einer von unsrer Leut* zu halten. Die Darstellenden selbst ist vorzüglich, während die des ersten sehr mittelmäßig war. Es fehlt der Bühne der Friedrich-Wilhelmsstadt durchaus an Künstlern, um in ein und demselben Stück den Marschall, Vorwärts, einen Marschall von Frankreich, den Staatskanzler v. Hardenberg, den General v. Sneyenau, den feinen Diplomaten Grafen St. Marjan u. s. w. auf die Bühne zu bringen. Der Blücher that zu viel, die andern zu wenig; am Gertrudischen war noch die Figur des Staatskanzlers. Viel besser soll es der jetzt das Stadttheater in Potsdam benutzenden Gesellschaft des Hrn. Martorel gelingen, dieses sehr flüchtig gearbeitete Stück dem Publikum genehmbar zu machen.

[Der Geh. Ober-Reg. Rath Noab] ist seit mehreren Wochen aus Gesundheits-Rücksichten von den ihm obliegenden Geschäften im Ministerium des Innern entbunden; an den Konferenzen über die mannichfachen im genannten Ministerium vorbereiteten Gesetzentwürfe (der Kreis-Ordnung u. s. w.) scheint derselbe jedoch Antheil zu nehmen. (N. P. Z.)

[Zur Marine.] Gestern früh ging ein Munitionstransport für das Transportschiff „Glebe“, welches das asiatische Expeditionsgeschwader begleitet wird, mittelst der Hamburger Eisenbahn unter der Führung des Premier-Lieutenants Rechenberg von der See-Artillerie nach Hamburg, als derselbe am Tage zuvor von Danzig hier eingetroffen war. Die Lieutenants zur See, v. Pogrell und Ulfers, sind Behufs ihres Kommandos zum See-Kadetten-Institut hieselbst von Danzig hier eingetroffen.

[Stiftung für die Marine.] Durch Allerh. Kabinettsordre vom 1. Nov. v. J. ist die Genehmigung zu der Behufs Unterstützung der der l. Marine angehörigen Personen und deren Hinterbliebenen unter dem Namen „Frauengabe“ errichteten Stiftung, nebst Bewilligung der Stempel- und Gebührenfreiheit, wie der Postbefreiung ausgesprochen worden. Aus dem Statute ist Folgendes das Wesentlichste:

Die Stiftung bezweckt, solchen Personen, welche der l. Marine angehören, oder deren Hinterbliebenen im Falle der Bedürftigkeit und Würdigkeit Unterstützung zu gewähren, und zwar, 1) den zur Marine gehörigen Personen selbst, a) wenn dieselben während ihrer Dienstzeit besondere Unglücksfälle treffen, b) wenn sie für den Fall ihres Ausscheidens aus dem Dienste für ihre

Person der Unterstützung bedürftig werden, 2) für den Fall des Ablebens der zur Marine gehörigen Personen, deren Wittwen und Kindern. Das Stammkapital der Stiftung wird durch die derselben von dem Frauen-Verein überwiesenen 25,000 Thlr. nebst den davon bis zum Tage der landesherrlichen Bestätigung aufgelaufenen Zinsen gebildet. Der Sitz der Stiftung ist Berlin. Die Verwaltung derselben wird von einem Vorstand geleitet, welcher gebildet wird a) aus zwei See-Offizieren, welche der Chef der Marine-Verwaltung bestimmt, b) aus dem jedesmaligen als Intendant fungirenden vortragenden Rath der Admiralität, c) aus dem ersten Bürgermeister der Residenz Berlin, d) aus dem Probst zu St. Nicolai von Berlin, e) aus dem Königl. Geh. Kabinettsrath Mlaire, f) aus dem Königl. Geh. Kommerzien-Rath Bräunlein, g) aus dem Kommerzien-Rath Sacke, h) aus dem Kreis-Justizrath Dr. Straß, i) aus dem Dr. A. Sommer. Die Vorstandmitglieder führen die Geschäfte unentgeltlich. Ueber die, sei es als ein in bestimmten Raten zahlbares Jahrgeld oder als eine, ein für alle Mal zahlbare Beihilfe, zu gewährenden Unterstützungen wird alljährlich ein Vertheilungsplan entworfen und vom Vorstande festgestellt. Die zu gewährenden Jahres-Unterstützung darf für die in der Marine gedient habenden Personen selbst und für ihre Wittwen nicht über 100 Thlr., für Kinder derselben aber nicht über 50 Thlr. für jedes betragen. Den Wittwen darf auch neben den Kindern eine Unterstützung gewährt werden. Die Jahres-Unterstützungen werden stets nur auf einen bestimmten Zeitraum (nie auf Lebenszeit) bewilligt, können aber nach Ablauf der Bewilligungsfrist stets wieder auf eine bestimmte Zeit erneuert werden. Personen, welche im Dienst auf dem vom Frauenverein hergestellten und der Königl. Marine überwiesenen Kriegsschiffen „Frauenlob“ durch Unglücksfälle betroffen werden, so wie deren Hinterbliebenen haben in Konkurrenzfällen mit anderen Bewerbern den Vorzug. Wenn die zur Marine gehörenden Personen ohne eigenes Verschulden in Gefangenschaft gerathen, oder dergestalt verlagert werden, daß ihr Aufenthalt unbekannt ist, so können ihre Ehefrauen und Kinder in gleichem Maße unterstützt werden, als wenn sie verstorben wären. Die dem Staat gebührende Dberaufsicht beruht bei dem Chef der Marine-Verwaltung.

[Armee-märche.] Se. K. H. der Prinz-Regent hatte zur Familien-tafel am 1. Januar den Vortrag der noch nicht zu Armeemärchen erklärten Preisermärche für Infanterie und Kavallerie befohlen. Das Programm bildeten nachstehende Märche: 1) Saro, H., Prinz Friedrich Wilhelm-Märch für Infanteriemusik. Motto: „Vom Fels zum Meer.“ 2) Lorenz, Alb., Paradenmärch für Kavalleriemusik. Motto: „Schwert, Pflast und Recht!“ 3) Eubert, B., Grenadiermärch für Infanteriemusik. Motto: „Schwarz und weiß.“ 4) Ziegler, W., Friedrich Wilhelm-Märch für Kavalleriemusik. Motto: „Und die Trompeten lassen wir ertönen, Wie zu der Freude, so zum Verdröben.“ 5) Neumann, Märch für Infanteriemusik. Motto: „Hoch, Preußen hoch!“ 6) Lorenz, Alb., Paradenmärch für Kavalleriemusik. Motto: „Der 25. Januar.“ 7) Buchholz, Märch für Infanteriemusik. Motto: „Frisch auf zum Sieg!“ 8) Lorenz, Alb., Kavalleriemärch für Kavalleriemusik. Motto: „Vom Fels zum Meer.“ 9) Saro, H., Märch für Infanteriemusik. Motto: „Gott bleib mit seiner Hülfe nah! Dem König und Borussia“, welche durch die Musikchöre des Kaiser Alexander-Grenadierregiments und der Garde-Dragoner ausgeführt wurden. Die Allerhöchste Entscheidung ist zur Zeit noch nicht bekannt. — Die nächst bevorstehende Preisermärchaufführung, welche im Februar im f. Opernhause stattfinden wird, bietet ein neues Interesse dadurch dar, daß an diesemmaligen Konkurrenz zur Einhebung von Wärschen auch Nichtmilitärmusiker Theil genommen. Bis Ende dieses Monats können noch Märche zur Konkurrenz eingereicht werden. (N. P. Z.)

Breslau, 17. Januar. [Ministerialbescheid an die jüdischen Rittergutsbesitzer.] Auf die Beschwerde, welche die betheiligten Rittergutsbesitzer über die bekannten Vorgänge auf dem Breslauer Kreistage eingereicht hatten, ist ihnen, wie die „Br. Z.“ mittheilt, dieser Tage vom Minister des Innern, Grafen Schwerin, folgende Antwort zugegangen: „Gew. Wohlgeboren und den übrigen Herren Unterzeichnern der Beschwerde vom 27. v. M. eröffne ich hierdurch, daß ich das Verhalten des Landrats Freyherrn v. Ende auf dem am 17. v. M. abgehaltenen Kreistage nach allen Richtungen auf das Entschiedenste gemißbilligt, dem 20. v. Ende dies ausgesprochen, und Anordnung dahin getroffen habe, daß Ihnen Ihr gelegliches Recht auf Theilnahme an den freisündlichen Beratungen unverkürzt gewährt wird. Berlin, den 13. Jan. 1860. Der Minister des Innern.“

Köln, 18. Jan. [Todtenfeier.] Die von den Vertretern der Stadt Köln im Namen der letzteren beschlossene Todtenfeier zu Ehren ihres verstorbenen Ehrenbürgers, des Grafen Franz Egon v. Fürstenberg-Stammheim, wurde am 16. d. Vormittags in der Domkirche abgehalten, und zwar unter außerordentlicher Theilnahme des Publikums. Zur Theilnahme an der Feier hatten sich die beiden Söhne des Verstorbenen, sodann der Kardinal und Erzbischof, der Weihbischof, der Stadt-Kommandant, der Ober-Bürgermeister, die Beigeordneten und Stadtverordneten von Köln und viele andere Honoratioren eingefunden. Die Trauermesse wurde von dem Domkapitular Dr. Bülz, geleitet, welcher während derselben sich mit einer kurzen Gedenkrede an die verammelten Gläubigen wandte, worin er der edlen Eigenschaften, der mannichfachen Verdienste und insbesondere auch der Religiosität des Verewigten in schönen und warmen Worten gedachte. Zur Erhöhung der Feier wurde von dem Kölner Männergesang-Verein ein Requiem von Neukomm mit Orgelbegleitung ausgeführt. (K. Z.)

Nordhausen, 15. Jan. [Fürstliches Geschenk.] Bei dem Königschießen im Juni v. J. hatte der Schützenlieutenant Guch für Se. K. H. den Prinz-Regenten den Königschuß gethan. Der dem Schützenkönige bestimmte silberne Pokal wurde demzufolge an Se. K. H. überreicht. Die Schützenkompanie hat jetzt ein vom 10. d. datirtes Schreiben erhalten, welches folgendermaßen lautet: „Se. K. H. der Prinz-Regent, Prinz von Preußen, haben den im vorigen Jahre überlanten Pokal dankend entgegengenommen und lassen der Schützenkompanie zu Nordhausen als ein Andenken den beifolgenden Adler für den jedesmaligen Schützenkönig überweisen. Im allerhöchsten Auftrage: Der Hofrath Bork.“ Das überlante Geschenk ist eine sehr schwere, schön gearbeitete Dekoration aus massivem Golde, welche vermittelst eines breiten Bandes um den Hals getragen werden soll. Sie besteht aus einem 3 1/2 Zoll Durchmesser haltenden und 1/2 Zoll breiten, flach liegenden, goldenen Ring, innerhalb dessen der schwebende Reichsadler, umgeben von der großen Ordenskette des Schwarzen Adlerordens, und darüber die Königskrone angebracht ist. Die erhabene Schrift des breiten Goldrandes lautet: „Prinz von Preußen, Regent, der Schützenkompanie zu Nordhausen 1859.“ Vorgefunden Abend wurden der Schützenkompanie das Schreiben und die Dekoration

vorgelegt. Die Versammlung brachte ihrem Schützenkönige, dem Prinz-Regenten, ein dreifaches donnerndes Hoch. (Mdh. 3.)

Oesterreich. Wien, 17. Jan. [Diplomatische Verhandlungen.] Die österreichischen Anstrengungen, sich mit Preußen und Rußland dem französisch-englischen Einverständnis gegenüber zu verständigen, haben, wie zu erwarten stand, bis jetzt den entsprechenden Erfolg nicht gehabt. Ein solcher ist auch nicht zu hoffen. In Bezug auf Preußen hindern schon die Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der deutschen Angelegenheiten ein aufrichtiges Zusammengehen der beiden deutschen Großmächte in der auswärtigen Politik. In Petersburg hingegen, wohin Oesterreich ganz besonders seine Bemühungen richtet, stimmt man nicht mit der in Wien beantragten Lösung der italienischen Frage, und wenn es heißt, daß Fürst Gortschakoff nicht mehr ganz fest stehe, so ist dies eben nichts mehr als ein Gerücht, dessen Bestätigung wohl kaum erfolgen wird. Wie es scheint, hatte man hier seine Hoffnungen hauptsächlich darauf gesetzt, daß die Annäherung Frankreichs und Englands das russische Kabinett mit Mißtrauen erfüllen und zu einer Verständigung mit Oesterreich geneigt machen würde. Man hat sich jedoch darin, namentlich was den zweiten Theil dieser Hoffnungen betrifft, getäuscht. Die Westmächte haben übrigens die Nothwendigkeit eingesehen, Rußland zu beruhigen, und zu diesem Ende eine außerordentliche Mission nach Petersburg beschlossen, mit welcher, wie es heißt, Lord Cowley vertraut werden soll. (Dieser letzten Notiz der „B.Z.“ wird von anderer Seite wieder-sprochen. D. Red.)

— [Projekte für Italien; Werbungen für die päpstliche Armee.] Die „Südd. Z.“ giebt „Vom Redar“ aus einer Quelle, an deren Zuverlässigkeit zu zweifeln sie, wie sie sagt, keinen Grund hat, eine Mittheilung, nach welcher Oesterreich und der Papst ein Programm vereinbart haben sollen, dahin gehend, die Anerkennung resp. die gewaltsame Wiedereinsetzung (?) der italienischen Herzöge durchzusetzen. Zu gleicher Zeit soll der italienische Bund ins Leben treten. Und zwar sollen Neapel, Rom, Sardinen je 3 Stimmen, Oesterreich und Toscana je 2, Parma und Modena je 1 Stimme auf dem italienischen Bundestage haben. In allen italienischen Staaten sollen zentralisirende Verfassungen nach dem Muster der jetzigen französischen eingeführt werden. Sardinen wolle man zur Abänderung seiner Verfassung zwingen. Dielem Plane gegenüber stehe das Uebereinkommen Napoleons, Palmerstons und Kossuths, das widerstrebende Oesterreich durch eine Insurgierung Ungarns und Abreißung Venetiens zur Unterwerfung unter ihre Pläne zu zwingen. Rußland spiele scheinbar bloß eine passive Rolle, sei aber für das letzte Uebereinkommen gewonnen. (Die „Südd. Z.“ pflegt sonst gut unterrichtet zu sein; ob die hier gegebenen Nachrichten sich bestätigen, muß allerdings abgewartet werden. D. Red.) — Die Werbungen für die päpstliche Armee erstrecken sich auf alle Provinzen des Kaiserstaates. Von Seite der Regierung ist man jedoch eifrig bemüht, diese Werbungen als eine rein private Angelegenheit darzustellen. So wurde zweien päpstlichen Offizieren, welche anfänglich in ihrer Uniform fungirten, bedeutet, dieselbe abzulegen, und sogar die Runtatur negirt jede aktive Btheiligung an der Sache. Den österreichischen Offizieren, welche gesonnen sind, in solche Freikorps zu treten, wird der Rücktritt in die kaiserliche Armee keineswegs vorbehalten, sondern sie müssen einfach ihre Charge quittiren. Was die Bestreitung der bedeutenden Kosten betrifft, so wurden, heißt es, die Werbungen durch eine Kollekte ermöglicht. Einzelne Mitglieder der kaiserlichen Familie, namentlich auch Kaiser Ferdinand (man spricht von 15,000 Gulden; d. Red.) und Kaiserin Maria Anna, sollen eine namhafte Summe angewiesen haben. Der bekannte Hofrath Buz aus Freiburg soll während seiner letzten Anwesenheit, während welcher er auch vielfache Audienzen bei höchsten und hochgestellten Persönlichkeiten hatte, die Sache nach Kräften gefördert haben.

— [Eine Bemerkung zu dem Briefe des Kaisers Napoleon.] Die „Austria“, die jetzt als Montagsbeilage der amtlichen „Wiener Zeitung“ erscheint, begleitet die Pariser Depesche über Napoleons Schreiben an den Staatsminister auf dem Umschlage ihres Hestes mit folgender Bemerkung: „Die Hoffnung, die mehr als das: die Zuversicht (la confiance), die der Kaiser der Franzosen in dem bekannten Briefe über eine friedliche Lösung der gegenwärtigen Verwickelungen ausspricht und welche so weit geht, daß er eine neue Ära des Friedens verkündet, die ihre Segnungen über Frankreich verbreiten wird, muß gewiß überall den größten wohlthätigsten Eindruck hervorbringen, zumal da ja deren Verwirklichung lediglich in seine Hand gelegt ist. Mit Recht darf man daher hoffen, daß die durch die bisherige Ungewißheit aufgeregten Gemüther die Lage der Dinge jetzt beruhigter anschauen werden.“ (Das ist ein eigenthümliches Geständniß und eine noch eigenthümlichere Schlussfolgerung. D. Red.)

— [Leichenbegängniß Skrzynski's.] Am 14. Jan. statteten Tausende von Menschen aus Krakau und Umgegend, ja man kann sagen, sämtliche Einwohner der alten Hauptstadt, dem verstorbenen Oberbefehlshaber des westlichen polnischen Heeres, dem Felden von Dobro und Grahov, Soib. Skrzynski, den letzten Tribut ab. Seine zahlreich versammelten Waffengenossen trugen abwechselnd mit der akademischen Jugend den Sarg aus der Wohnung des Verbliebenen nach der Kirche der Jungfrau Maria und von da nach dem Friedhofe. Die Zügel des Leichenwagens hielten: der General J. Zaluski, der General Kruszewski, die Offiziere Michael Baden, Gawronski und Roman Zaluski. Bei dem Trauergottesdienste geleitete der Bischof Rogolowicz und der Kanonikus Scipio del Campo führte den Leichenconduct.

— [Trappeneinfang.] Aus Alap in Ungarn wird geschrieben: Am 20. und 21. Dezember ist in unserer Gegend (im stuhlweißenburger Komitat) bei einer Kälte von 5–6 Grad unter Null ein dichter Regen gefallen. (Der gemeine Mann nennt einen solchen Regen treffend Olmos esö, Weiregen), welcher den Boden mit einer Eissrinde überzog und die hier überwinterten Trappen in große Gefahr brachte. Indem nämlich während des dreißigstündigen Regens an ihrem Gesieder sich Sitzampfen bildeten, waren die ohnehin schwerfälligen Thiere außer Stande, von ihren Flügeln Gebrauch zu machen; sie wurden daher von den Landleuten mit leichter Mühe theils mit den Händen lebendig eingefangen, theils mit Hacken erschlagen. In runder Summe dürften 150–200 Stück erlegt worden sein.

— [Arsenikfarben.] Aus Tarnow schreibt man: In Folge einer von dem Tuchmacher Grundherrn Prof. D. bei dem

Tarnower f. k. Bezirksamte gemachten Anzeige, daß die schwere seit 2 Monaten andauernde und unter verdächtigen Erscheinungen auftretende Krankheit seiner Nichte ihn veranlaßt habe, die grüne Farbe ihres Schlafzimmers chemisch untersuchen zu lassen, welche Untersuchung eine höchst bedeutende Menge Arsenik nachwies, wurden die bei dem Maler, welcher das erwähnte Zimmer gemalt hatte, vorgefundenen Farben einer chemischen Analyse unterzogen. Eine gleiche Revision wurde bei mehreren Tarnower Spezereihändlern vorgenommen und von den vorhandenen Farbewaaren Proben zur Vornahme einer gerichtlichen Analyse mitgenommen. Es stellte sich heraus, daß von den 20 Proben nur drei als nicht giftig haltend bezeichnet werden konnten. Auf den Grund dieses Befundes ist gegen die betreffenden Farbenverkäufer eine Untersuchung eingeleitet worden.

Innsbruck, 14. Jan. [Die gemischten Ehen in Tirol.] Der „Presse“ wird geschrieben: Von Seiten des Bischofs von Trient ist in der jüngsten Zeit eine Entscheidung erlassen, welche das Verhältniß der gemischten Ehen in Tirol berührt. In früheren Fällen der letzten Jahre hatte man, außer dem schriftlichen auch noch ein eibliches Versprechen beider Brautleute über die katholische Kindererziehung gefordert; außerdem mußte der katholische Theil einen Eid leisten, daß er sich bemühen werde, den anderen — protestantischen — Theil für den Uebertritt zum Katholizismus zu gewinnen. Zu diesen beiden Eiden kamen noch andere, so daß die Zahl der zu leistenden Eide sich bis auf sieben steigerte, worüber eben so viele einzelne Protokolle aufgenommen wurden. Man wollte unter anderem auch das „Aergerniß“ des öffentlichen Aufgebots beseitigen und forderte von beiden Theilen nur die eibliche Versicherung, daß sie weder ein anderes Eheverhältniß eingegangen, noch daß sonst irgend ein Hinderniß bekannt sei. Nun aber erklärte, nach der „Morgenpost“, der Fürstbischof von Trient kürzlich über ein diesfälliges Dispensgesuch, welches vom schriftlichen Versprechen des protestantischen Theiles über die katholische Kindererziehung in vollständig legaler Form begleitet war, er könne demselben nicht entsprechen, weil ihm als Diözesanbischof die strenge Pflicht obliege, die Einheit im Bekenntniß des katholischen Glaubens in seiner Diözese stets aufrecht zu erhalten und alles das, was dieselbe stören oder hindern könne, sorgfältig zu entfernen. „Diese Pflicht genau zu erfüllen“, heißt es in dem bischöflichen Reskripte wörtlich, „wurde von mir umsomehr gefordert, da Tirol eine ganz katholische Provinz ist, deren Bevölkerung sich immer zur katholischen Kirche bekannt hat, derselben noch treu anhängt, und um die Aufrechterhaltung der Einheit im katholischen Glauben auf den öffentlichen Landtagen sowohl, als bei anderen sich darbietenden Gelegenheiten wiederholt und dringend gebeten hat. Deswegen kann und darf ich als Bischof der in Tirol gelegenen Diözese Trient die gemischten Ehen nicht begünstigen, sondern muß die mir auferlegte Pflicht treu und genau erfüllen.“ Dem katholischen Theile erübrigte nur ein Ausweg: die Auswanderung aus Tirol in ein anderes Kronland, wozu ihm auch von der f. k. Statthalterei die Bewilligung gewährt wurde.

Venedig, 12. Januar. [Deutsches Kasino; Bewaffnung der Polizei.] Den unausgesetzten und eifrigen Bemühungen des hiesigen Schillerausschusses ist es endlich gelungen, alle Hindernisse zu überwinden und die gefasste Idee zur Gründung eines Kasinos, welches den Namen des großen Dichters führen soll, zu realisiren. Der Zweck dieses Unternehmens ist, die hier lebenden Deutschen und sonstigen Fremden einander zu nähern. Die Zahl der Teilnehmer beläuft sich bereits über 200. — Die früher schon beantragte, jedoch bis jetzt unterbliebene Bewaffnung der hiesigen Polizei-Zivilwachmannschaft nach Art der englischen Konstabler ist nun angeordnet worden. Statt der bisher gebräuchlichen Btheiligung mit Pistolen erhalten dieselben einen kurzen Stock aus Kautschuk mit zwei eisernen schweren Knöpfen an beiden Enden, welcher innerhalb des Rockes an der linken Brust an einem Knopfe derart angebracht wird, daß er im erforderlichen Falle sogleich gebraucht werden kann. Diese Waffe darf jedoch bloß im äußersten Nothfalle und lediglich zur eignen Nothwehr angewendet werden, und auch in diesem Falle bleibt der Träger für die möglichst gefahrlose Handhabung derselben verantwortlich. Es ist dieses eine im Vergleiche zu der früheren Btheiligung mit Pistolen jedenfalls sehr zweckmäßige Bewaffnung. (Destr. 3.)

Bayern. München, 16. Jan. [Bandalismus.] In der Nacht vom 13. bis zum 14. d. sind hier unter den Arkaden des Hofgartens zu München die beiden Rottmannschen Frescogemälde, welche die „heilige Stadt Rom“ und die Insel Ischia darstellen, mit Blut besprengt worden. Die „Augsb. Postztg.“ bejammert an dem Bandalismus hauptsächlich, daß er doch wohl aus politischem Motive, als Demonstration, hervorgegangen sein möchte.

— [Passionsspiele.] Im Ammergau (Oberbayern) werden nach zehnjähriger Pause dieses Jahr wieder die Passionsspiele zur Ausführung kommen. Da die ganze Gemeinde Oberammergau hierbei handelnd aufzutreten hat, so werden schon jetzt die Vorbereitungen von derselben in lebhaftester Weise getroffen. Auf Befehl des Königs ist der bei den früheren Vorstellungen benutzte Text einer Umarbeitung durch Pater Daisenberger von Oberammergau unterworfen worden, und der also neu hergestellte Text hat die Genehmigung des betreffenden Staatsministeriums erhalten. Kürzlich wurden durch Stimmzettel die Rollen vertheilt. Die Rolle des Erlösers erhielt der derzeitige Ortsvorstand, der Schnigler Schauer; Zeichenlehrer Flunger, der 1850 den Christus darstellte, die des Pilatus. (Ueber diese Passionsspiele hat vor Jahren Ed. Devrient eine werthvolle Monographie veröffentlicht. D. Red.)

Bremen, 17. Januar. [Der Dualismus in Deutschland.] Der „Südd. Z.“ wird von hier geschrieben: Fast dieselbe Erklärung, welche der preussische Bevollmächtigte jüngst in der Bundes-Militär-Kommission abgegeben hat, machte den Grundton der Rede aus, mit welcher Bürgermeister Dudenow zu Neujahr das Präsidium des Senats wieder auf das laufende Jahr antrat. Derselbe führt nämlich den Gedanken aus, daß man sich in dem Hause einrichten müsse, das man nun einmal bewohne und vor der Hand auch nicht mit einem besseren zu vertauschen im Stande sei. Der Dualismus sei das souveräne Faktum der deutschen Politik. Von ihm abzukommen öffne sich kein Weg. Man müsse daher den Muth fassen, ihn rücksichtslos anzuerkennen, und diejenigen Konsequenzen aus dieser gebieterischen Thatsache zu ziehen, die die Macht und den Einfluß und die allgemeine Sicherheit des Vaterlandes zu erhöhen geeignet seien. Dazu gehöre denn vor Allem, daß man für den

Kriegsfall die gefahrenschwängere Vielheit der kleineren deutschen Kontingente an die organisirte Macht theils von Oesterreich, theils von Preußen anlehnne.

Frankfurt a. M., 17. Jan. [Herr v. Ugedom] ist von Berlin kommend, hier wieder eingetroffen. (Fr. 3.)

Seffen. Kassel, 17. Jan. [Untersuchungen.] Ueber die Beschlagnahme der „Hess. Morgenzeitung“ vom 9. d. meldet die „F. V. Z.“: Veranlassung zur Beschlagnahme soll ein von dem verantwortlichen Redakteur Fr. Dettler in der nämlichen Nummer enthaltener öffentlicher Aufruf gewesen sein, in welchem derselbe sich ein Mitglied des Ausschusses des „deutschen Nationalvereins“ zu Koburg nennt und zur offenen oder stillen Theilnahme an dieser „vaterländischen Angelegenheit“ einladet, auch sich bereit erklärt, persönlich nähere Auskunft darüber zu geben und die jährlichen Beiträge, welche etwa dafür bestimmt werden sollten, an die Vereinskasse zu übermitteln, unter nochmaliger Hervorhebung, daß Namen nicht brauchen genannt zu werden. Die Gerichtsbehörde hat die Beschlagnahme bestätigt und die Verfolgung auf Grund des für übertreten gehaltenen Vereinsgesetzes eingeleitet. An demselben Tage hatte der Verleger der „Morgenzeitung“ eine gerichtliche Vernehmung über vier andere in früheren Nummern gefundene Preßvergehen zu bestehen. — Eine andere gerichtliche Untersuchung, in welche die „Morgenzeitung“ ebenfalls verwickelt erscheint, ist dieser Tage gegen Herrn Loeber von der Zweiten Kammer eröffnet worden. In dem genannten Blatte hatte nämlich vor einiger Zeit dieser Landtags-Abgeordnete seinen Kollegen Dichthaut aufgefordert, eine von einer Anzahl anonymen Wähler bestimmte Kopfbedeckung (eine Schlafmütze), welche gut für vorge-schüttete Zahnschmerzen sei, in Empfang zu nehmen oder darüber zu verfügen. Da nun Herr Dichthaut einer von den wenigen Abgeordneten gewesen sei, welche nicht der an die Bundesversammlung beschlossenen Adresse zugestimmt haben, derselbe vielmehr sich der Abstimmung enthalten hat, indem er wegen Zahnschmerzen den Saal hatte verlassen müssen, so hat die Staatsbehörde in jener durch den Abgeordneten Loeber der Öffentlichkeit übergebenen zärtlichen Fürsorge eine strafbare Verhöhnung eines landständischen Deputirten in der Ausübung seiner Berufspflichten erblickt und geglaubt, von Amtswegen einschreiten zu müssen. Man ist allgemein auf den Ausgang dieses seltsamen Prozesses gespannt.

Großbritannien und Irland.

London, 16. Januar. [Das Uebereinkommen mit Frankreich in der italienischen Frage.] Der torijische „Morning Herald“ nimmt aus der Ankündigung des französisch-englischen Uebereinkommens Anlaß zu heftigen Bemerkungen gegen die Politik Lord Palmerstons.

„Das Jahr 1859“, sagt das Organ der Partei Derby-DIsraeli, „war der annus mirabilis, das Jahr 1860 aber wird mirabilior. Was die „Times“ vor einigen Monaten von dem Abbruch einer anti-englischen Allianz zwischen Frankreich und Rußland meldete, ist eine wahre Kleinigkeit im Vergleich mit der von der „Post“ ausposaunten Offensiv- und Defensiv-Allianz (so bezeichnet der „Herald“ die Vereinbarung) zwischen Frankreich und England zur Anerkennung und Beschützung des neuen nord- und mittelitalienischen Staates. Wir sehen unsere schlimmsten Abnungen erfüllt. Selbst wenn die „Post“ in Einzelheiten übertrieben haben sollte, hat sie einen der Regierung zur Unehre gereichenden und für das Land gefährlichen Stand der Dinge enthüllt. Daß der Vorschlag einer französischen Allianz in Sachen Italiens von der gegenwärtigen Regierung ausgehen oder nur in Betracht gezogen werden konnte, ist ein direkter Bruch ihrer anfänglichen Behauptungen, ein vollkommenes Aufschlagen jener Nichtinterventions-Politik, die im Jahre 1859 England vor dem Kriege, Europa vor einem allgemeinen Brande bewahrte. Seit Wochen mußte es jedem Beobachter klar sein, daß sich etwas vorbereitete. Das Hin- und Herreisen Lord Cowleys und Herrn v. Persignys, das seltsame Telegramm an Herrn Reuters, die halbamtliche Sendung Herrn Cobdens in seiner Lieblingsrolle als „der Engländer“, diese rafflose Anrührtheit ließ Unheil wittern. Jetzt ist das ganze Gewebe von Verwickelungen, Unterhandlungen, Mißverständnissen und Ausböhungen gelöst. Das Geheimniß ist heraus. Wir stehen wieder einmal im Neg uneres edlen Allitriten. Wir argwöhnen keinen Augenblick, daß Lord Palmerston einen Vertrag unterzeichnet hat. Aber es unterliegt kaum einem Zweifel, daß er weit genug gegangen ist, um ein Bündniß mit England als ein höchst gefährliches Experiment erscheinen zu lassen. Lord Palmerston weiß recht gut, daß eine plötzliche Umkehr, wie dieselbe nöthig wäre, wenn das Parlament seine Entscheidung zu annulliren für gut fände, die wahrscheinlichste Ursache eines Bruches mit Frankreich wäre. Wir haben also die komfortable Wahl zwischen einem Bruch mit Frankreich oder einem Krieg mit Oesterreich. Wir erheben unsere Stimme gegen jeden Vertrag, der uns zu einem gemeinsamen Handeln mit Frankreich in der italienischen Frage verpflichtet. Wir protestiren dagegen in unserem und in Italiens Interesse. Wir haben eine Menge Gründe, die Feindschaft der römisch-katholischen Bevölkerung Europas nicht herauszufordern; und es ist leicht zu sehen, daß sie ihren ganzen Grimm auf uns konzentriren würden, und daß der französische Kaiser gerade die gewünschte Ausrede hätte, daß er von dem legerischen und revolutionären England gedrängt und getrieben werde. Ueberdies ist die Nothwendigkeit des gemeinsamen Vorgehens nicht vorhanden. Frankreich hat die Entscheidung in der Hand, wenn es aufrichtig ist. Es weiß, daß es auf Englands Sympathien rechnen kann, so lange sein Streben rein der Unabhängigkeit Italiens gilt. Wozu braucht England einzugreifen? Es erkenne einfach die de facto bestehenden Regierungen Mittelitaliens an. Zu diesem Schritt ist eine Allianz nicht nöthig.“

— [Die „Times“ über die preussische Thronrede.] Der Eingang des Leitartikels lautet: „Der Prinz-Regent von Preußen hat das preussische Parlament mit einer Rede eröffnet, welche der Botschaft eines amerikanischen Präsidenten ähnlicher sieht, als der Rede eines europäischen Souveräns. Bei uns ist eine königliche (Thron-)Rede nichts weiter, als ein Programm für die Session und eine allgemeine Andeutung der öffentlichen Beziehungen des Reiches. Die Fassung der Worte ist sorgfältig darauf berechnet, daß der Souverän sich nicht zu streng an eine bestimmte Politik bindet, und giebt mehr eine Art Schattenriß der Politik des zeitweiligen Ministeriums, als daß sie entschiedene Meinungen ausdrückt. Der amerikanische Präsident, welcher der Landesverfassung nach nicht außerhalb des Kreises des verantwortlichen politischen Handelns steht, schlägt vor, argumentirt und ertheilt Rathschläge. Der Souverän Englands kann der Verfassung gemäß in keinen Antagonismus zu irgend einer Klasse oder irgend einer Partei des Gemeinwesens gerathen. Der preussische Herrscher schlägt einen Mittelweg zwischen diesen beiden Pfaden ein, und wir können in seiner Ansprache eine ziemlich deutliche Darlegung der Politik des von ihm regierten Königreichs lesen. Der Prinz-Regent nimmt keinen Anstand, auf die Vergangenheit zurückzugehen und seinen Kammerern zu sagen, wie er in Bezug auf den Krieg gesonnen war, der in Europa wüthete, als er sich das letzte Mal von ihnen verabschiedete; wie die Haltung Preußens sich den jedesmaligen Umständen anpaßte; wie seine militärischen Rüstungen Schritt hielten mit der Annäherung des Krieges an die deutschen Grenzen; und wie die Nothwendigkeit ausgedehnter Rundgebungen durch die plötzliche Beendigung des Krieges und die vorgeschlagene Einberufung eines

europäischen Kongresses wegfel. Preußen hatte sich gerüstet, an dem Kriege Theil zu nehmen, sobald die Zeit kommen würde, Deutschland ins Gefecht zu rufen, und es hatte darein gewilligt, an dem Kongress Theil zu nehmen, sobald es sich als möglich erwies, die Ruhe in Italien auf friedlichem Wege wieder herzustellen und die politische Lage des Landes durch ein Abkommen von dauerndem Charakter zu konsolidieren. Diese wichtigen Worte erklären die vergangene Politik dieser großen Militärmacht und rechtfertigen die Ausrufungen Napoleons, mit welchen er seine Zustände an Oesterreich selbst in der Stunde des Sieges entschuldigte. Preußen nimmt deshalb in solcher Weise für sich indirekt die Ehre in Anspruch, dem weiteren Verlaufe des Krieges Einhalt zu thun zu haben, und deutet bescheiden die unbezweifelte Wahrheit an, daß es seine große deutsche Nebenbuhlerin im Augenblick der Demüthigung rettete. Indem der Prinz-Regent auf dem selbigen okkupirten Boden noch einen Schritt vorwärts thut, nimmt er für sein Land den Beruf in Anspruch, jene Idee des deutschen Fortschritts zu vertreten, welche eine große deutsche Nation konsolidieren soll, eine Einheit von Bundesmächten, in welcher einer jeden freies Handeln zusteht, so weit es mit den Interessen des ganzen Vaterlandes verträglich ist. Es ist ein kühnes Beginnen, aber wenn wir die gegenwärtige Stellung der übrigen Mitglieder des deutschen Bundes ins Auge fassen, so ist es eine Haltung, welche in den Zeitverhältnissen ihre Rechtfertigung findet. Nachdem die „Times“ die übrigen in der Eröffnungsrede berührten Punkte besprochen hat, schließt sie ihre Betrachtungen mit folgenden Worten: „Dies alles ist sehr befriedigend. Niemand weiß eine gute Bilanz besser zu würdigen, als John Bull. Es liegt in dieser Rede ein Beweis guten Credits und die Absicht, gleichen Schritt mit der Zeit zu halten. Irgendwo in Deutschland thut Leben noth: ein fester Kern thut noth, nach welchen hin kleinere Körper gravitieren. Hier haben wir einen zahlungsfähigen Staatschatz, ein reorganisiertes Heer, neue Konventionen mit fremden Mächten, wie Sardinien, neue Flotten, die vom Stapel laufen, Missionen nach China, fortschreitende öffentliche Arbeiten, neue Eisenbahnbauten, kurzum, alle Zeichen eines neuen frischen Lebens. Welch traurigen Gegenlag dazu bietet ein Blick auf Oesterreich! Bankrott, geschlagen und desorganisiert, kleeft es gleich einer verwundeten Fledermaus an dem todtenden Zweige, an den es sich angehängt hat, blutend, aber sich doch noch immer ankammernd.“

[Telegraphenverbindung mit China.] Der elektrische Telegraph, der England mit Indien verbinden soll, ist im Nothen Meere gelegt; man ist jetzt im Begriff, ihn über den persischen Meerbusen hinaus zu legen. Die vom „Cyclops“ gemachten Untersuchungen sind beendet. Wichtig ist dabei die Entschliebung der englischen Regierung, die telegraphische Linie durch den Golf von Bengalen und über die Halbinsel Malacca bis Hongkong weiter zu führen. Man hat das lange geheim gehalten, aber heute steht es fest. Auf diesem Wege werden, wenn die Arbeiten beendet sind, Paris und London in 20 Stunden direkte Nachrichten aus China haben, alle Umwege und Unterbrechungen der Depeschen einbezogen.

Frankreich.

Paris, 16. Jan. [Das Schreiben des Kaisers an den Staatsminister.] Der „Moniteur“ bringt die Bestätigung der bereits früher gemachten Mittheilung, der Kaiser beabsichtigt durch Staatsmittel der leidenden Industrie zu Hülfe zu kommen. Kaiser Napoleon hat diesmal seiner Neigung zum Freihandelsprinzip in demselben Dokumente Ausdruck verliehen und hofft in dieser Kombination eher im Corps legislatif durchzudringen, als es ihm im Jahre 1856 mit einer ähnlichen aber noch liberaleren Proposition gelungen war. Damals, gestützt auf die glänzenden Erfolge der „allgemeinen Industrieausstellung“, kam ein der Schutzölle fast ganz und sofort aufhebender Gesetzesvorschlag zur Beratung, ward dann zurückgezogen, gelangte in gemäßigterer Ausdehnung wieder in die Versammlung, drang aber auch in dieser Form nicht durch. Heute, mit der in Aussicht gestellten Staatsunterstützung für den Ackerbau und Handel, mit dem Hinweis auf große öffentliche Bauten, hofft man auf sicheren Erfolg, obwohl man auf einen heißen Kampf vorbereitet ist. Denn die Aufhebung des Zolles auf Wolle und Baumwolle, die Verringerung desselben auf Kaffee und Zucker, der allein heute 110,000,000 Fr. beträgt, aber namentlich die erstere, wird unsere Fabrikanten, die mit geringen Ausnahmen Anhänger des Prohibitivsystems sind, in ungewöhnliche Aufregung versetzen und zur heftigen Opposition reizen. Und wohl gemerkt, der Kampf bereitet sich hier mit den Kapitalisten des Landes vor, hinter denen ein Heer von Arbeitern steht, denen man leicht begreiflich machen kann, daß man mit England nicht konkurrieren könne, sie also entlassen müsse, Dinge, die allerdings geeignet sind, ein bedeutendes Gewicht in die Waagschale zu werfen. Hier in Paris ist die kaiserl. Botschaft mit großer Befriedigung aufgenommen worden, da man unter voller Anerkennung des Prinzips überzeugt ist, daß die spezielle Gesetzesvorlage nur eine allmähliche Annäherung der im Programme enthaltenen Grundzüge enthalten werde. Man sieht aber auch, und fast in allen Kreisen einstimmig, hierin eine Friedensgarantie wie eine intime Allianz mit England, die trotz aller Nationalhasse als einzige sichere Bürgschaft des Weltfriedens gilt. (Pr. Z.)

[Tagesbericht.] Der „Moniteur“ publiziert heute die vergleichende Uebersicht der Steuererträge in den letzten drei Jahren. Im vorigen Jahre haben die indirekten Steuern 1,091,644,000 Fr. (2,916,000 Fr. mehr als 1858 und 41,931,000 Fr. mehr als 1857) eingebracht. — Seit mehreren Monaten ist eine vom Kaiser ernannte Kommission damit beschäftigt, den Plan zu prüfen, wonach zu St. Nazaire an der Mündung der Loire ein großer Handelsplatz mit Docks und Entrepôts, ganz so wie in Liverpool, angelegt und so der Schlupfunkt der Orleans-Eisenbahn und der Ausgangspunkt der transatlantischen Paketboote hergestellt werden soll. — Seit der Amnestie sind bereits 20 Verurtheilungen erteilt worden, wovon allein sechs schon in diesem neuen Jahre. — Heute soll vom Kassationshofe die wichtige Frage entschieden werden, ob ein Zivilstandsbeamter sich weigern darf, die Ehe eines Franzosen mit einer Ausländerin, die in ihrer Heimath von ihrem noch lebenden Manne geschieden ist, rechtsgültig zu registrieren. Der kaiserliche Gerichtshof von Paris hat die Frage verneint. — Das untere französische Telegraphennetz von St. Malo nach der Insel Jersey ist glücklich gelegt worden. — Dem „Courrier du Havre“ zufolge hätte der Kaiser denjenigen Senatoren, welche in einer Senatsitzung das

Wort ergreifen, das Recht zugebilligt, gerade so wie die Mitglieder des gesetzgebenden Körpers ihre Reden in Broschürenform zu veröffentlichen. — Die Pariser Journale bringen in gleichlautender Uebersetzung die preussische Thronrede, die in der hiesigen diplomatischen Welt einen sehr günstigen Eindruck hervorbringt. Die auf die Vertheidigung des Landes bezügliche Schlussstelle ist natürlich besonders bemerkt worden. — Franz Arago's sämtliche Werke, 16 Bände (bei Gide in Paris) liegen jetzt nach erfolgter Ausgabe des ersten Bandes vollendet vor. Die ersten vier Bände enthalten die populäre Astronomie, drei weitere Bände biographische Notizen, weitere fünf Bände die wissenschaftlichen Abhandlungen, z. B. über den Donner, den Elektro-Magnetismus, das Nordlicht etc. Zwei Bände enthalten die wissenschaftlichen Memoires, dann der vorletzte Instruktionen, Berichte und Notizen über die Fragen die auf wissenschaftlichen Reisen zu lösen sind, und endlich der letzte, jetzt erschienene, Vermischtes. — Graf Walewski war der 65. französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, seit König Heinrich III. die vier Staatssekretariate am 1. Jänner 1589 gründete; seit dem Jahre 1848 war er der 11. — Man spricht ernstlich von einer baldigen Unterdrückung des „Univers“, der zum großen Aerger der Regierung die Proklamation Garibaldi's an die Studenten von Paris aufgenommen, deren Abdruck den übrigen Journalen unterlag ist. — Die Börse wird durch die kommerziellen Projekte des Kaisers eben so sehr beunruhigt, als durch die Mittheilung des „Armee-Moniteurs“, daß die Verproviantirungen für die Marine nach eben dem Maasstabe erfolgen sollen, als wenn dieselbe noch auf Kriegsfuß sich befände. Der halboffizielle „Armee-Moniteur“ druckt diese Worte mit gesperrter Schrift. Auch sollen alle Urlaubs-gesuche bei der Marine abschlägig beschieden worden sein.

[Das Schreiben des Kaisers an Fould.] Das amtlich im „Moniteur“ veröffentlichte, seinen Hauptzügen nach telegraphisch mitgetheilte Schreiben des Kaisers an den Staatsminister lautet:

Palast der Tuilerien, 5. Januar 1860. Herr Minister! Trotz der Unsicherheit, welche noch in gewissen Punkten der auswärtigen Politik herrscht, kann man mit Vertrauen einer friedlichen Lösung entgegensehen. Es ist der Augenblick gekommen, wo wir uns mit den Mitteln beschäftigen, den verschiedenen Zweigen des Nationalreichtums einen großen Aufschwung zu geben. Ich sende Ihnen deshalb die Grundzüge eines Programms, das in mehreren seiner Theile die Genehmigung der Kammern wird erhalten müssen, und über das Sie sich mit Ihren Kollegen besprechen werden, um Maasregeln vorzubereiten, welche geeignet sind, Ackerbau, Industrie und Handel lebhaft anzuspornen. Seit langer Zeit predigt man die Wahrheit, daß man die Tauschmittel vervielfältigen muß, um den Handel blühend zu machen; daß ohne Konkurrenz die Industrie stehen bleibt und im Widerspruch zu den Fortschritten der Konsumtion hohe Preise bewahrt; daß ohne blühende Industrie, welche die Kapitalien in Fluß bringt, selbst der Ackerbau in seiner Kindheit verbleibt. Alles verkettet sich nun in der allmählichen Entwicklung der Elemente des öffentlichen Wohlstandes. Aber die wesentliche Frage ist, bis zu welcher Grenze der Staat diese verschiedenen Interessen begünstigen, und welchen Vorrang er einem jeden von ihnen zugetheilen darf. Also: der Entwicklung unseres auswärtigen Handels durch Tausch der Produkte muß die Verbesserung unseres Ackerbaues und die Befreiung unserer Industrie von allen inneren Hemmnissen, die sie auf untergeordnete Stufen stellen, vorgehen. Heute sind nicht nur unsere großen Unternehmungen durch eine Menge von beschränkenden Reglements belästigt, sondern auch das Wohlbefinden der Arbeiter ist noch lange nicht zu der Entwicklung gekommen, die es in einem Nachbarlande erreicht hat. Es giebt nun nur ein allgemeines System guter politischer Oekonomie, welches, Nationalreichtum schaffend, im Arbeiterstande Wohlbefinden verbreiten kann. Was den Ackerbau anlangt, so muß man ihn an den Wohlthaten der Kreditanstalten theilnehmen lassen; man muß die Wälder in den Ebenen ausroden und die Berge wieder bewalden; man muß alljährig eine beträchtliche Summe für die großen Arbeiten der Trockenlegung, Bewässerung und Urbarmachung auslegen. Diese Arbeiten, welche ungebauten Gemeindeweiden in kultiviertes Land verwandeln, werden die Gemeinden bereichern, ohne den Staat ärmer zu machen, der seinen Vortheil in dem Verkauf eines Theiles dieser dem Ackerbau überlieferten Landstücken wahrnehmen wird. Um die industrielle Produktion zu ermuntern, muß man die der Industrie unentbehrlichen Rohstoffe von jedem Zoll befreien und ihr, ausnahmsweise und zu mäßigem Preise, wie dies ja schon bei dem Ackerbau für die Drainage geschehen ist, die Kapitalien vorstehen, welche ihr helfen werden, ihr Material zu verbessern. Einer der größten Dienste, welcher dem Lande zu leisten ist, ist die Gleichförmigkeit des Transports der Dinge, welche für Ackerbau und Industrie am allernothwendigsten sind; zu diesem Zwecke wird der Minister der öffentlichen Arbeiten so schnell wie möglich die Kommunikationswege, Kanäle, Straßen und Eisenbahnen ausführen lassen, die überhaupt den Zweck haben, Steinpfosten und Dünger dahin zu führen, wo das Bedürfnis der Produktion sie fordert; und er wird sich bemühen, die Tarife herabzusetzen und eine gerechte Konkurrenz zwischen Kanälen und Eisenbahnen herzustellen. Die Aufmunterung des Handels durch Vermehrung der Tauschmittel wird dann aus den obigen Maasregeln als natürliche Folge hervorgehen. Die allmähliche Ermäßigung der Auflage auf die Lebensmittel der großen Konsumtion wird eine Nothwendigkeit sein, so wie auch die Erhebung des Prohibitivsystems, welches unsere Handelsbeziehungen einengt, durch Schutzölle. Durch diese Maasnahmen wird der Ackerbau den Abzug seiner Produkte finden; die von inneren Fesseln befreite, von der Regierung unterstützte und von der Konkurrenz geputzte Industrie wird siegreich mit den fremden Produkten kämpfen, und unser Handel wird, statt zu ermaten, einen neuen Aufschwung nehmen. Vor Allem wünsche ich, daß die Ordnung in unseren Finanzen bewahrt werde, deute ich hier an, wie, ohne das Gleichgewicht zu stören, diese Verbesserungen bewirkt werden könnten. Es bleibt eine beträchtliche Summe disponibel, welche mit anderen Hülfsmitteln vereinigt, sich auf etwa 160 Millionen beläuft. Wenn man vom gesetzgebenden Körper die Ermächtigung nachsucht, diese Summe auf große öffentliche Arbeiten zu verwenden, und dieselbe in drei Jahrgängen theilt, so würde man jährlich ca. 50 Millionen den beträchtlichen schon in jedem Jahresbudget ausgeworfenen Summen noch hinzufügen können. Diese außerordentliche Hülfsmittel werden nicht nur die schnelle Vollenbung der Eisenbahnen, Kanäle, Schiffahrtstraßen, Landstraßen, Däsen erleichtern, sondern uns auch erlauben, in kürzerer Zeit unsere Kathedrales und Kirchen herzustellen und die Wissenschaft und Künste würdig zu unterstützen. Um den Ausfall zu erlegen, den die Staatskasse für den Augenblick von der Herabsetzung der Zölle auf Rohstoffe und auf die Lebensbedürfnisse des großen Konsums erleiden wird, bietet unser Budget das Mittel der Amortisation, die man nur zu suspendiren braucht, bis die öffentlichen Einkünfte, durch die Erweiterung des Handels vergrößert, es erlauben, daß die Amortisation von Neuem wieder in Kraft trete. Also kurz zusammengefaßt: Aufhebung der Zölle auf Wolle und Baumwolle; allmähliche Ermäßigung der Zucker- und Kaffeezölle; energisch betriebene Verbesserung der Kommunikationswege; Herabsetzung der Kanalgebühren und folglich allgemeine Verminderung der Transportkosten; Vorschüsse an Ackerbau und Industrie; beträchtliche Arbeiten von öffentlichem Nutzen; Abschaffung der Einfuhrverbote; Handelssverträge mit den fremden Mächten; dies sind die allgemeinen Grundzüge des Programms, auf das ich Sie Ihre Aufmerksamkeit und die Ihrer Kollegen zu lenken bitte, welche ohne Säumen die Gegenstände zu seiner Ausführung werden vorbereiten müssen. Es wird, davon bin ich fest überzeugt, die parung werden vorbereiten müssen. Es wird, davon bin ich fest überzeugt, die parung werden vorbereiten müssen. Es wird, davon bin ich fest überzeugt, die parung werden vorbereiten müssen.

[Napoleons innere Politik.] Der „Constitutionnel“, der Schützlin, der gestern keine Worte finden konnte über das Schreiben des Kaisers, bequemt sich heute doch, dasselbe „ein Ereignis, und zwar eins der ansehnlichsten“ zu nennen, geht aber nicht weiter darauf ein, sondern beschränkt sich, darauf hinzuweisen, daß während des Krimkrieges der Kaiser durch die allgemeine Industrie- und Kunstausstellung der zivilisirten Welt habe

Gelegenheit geben wollen, ihre Erzeugnisse und Meisterwerke kennen zu lernen, daß er während jenes großartigen Krieges von Frankreich die Verdoppelung der Friedensfähigkeit gefordert, und daß damals in größtem Eifer Arbeiten begonnen, die hinreichen würden, den Ruhm einer ganzen Regierungszeit zu begründen, nämlich die Umgestaltung von Paris, die Errichtung der Kreditanstalten, die Eröffnung und Einleitung von Eisenbahnen nach allen Seiten hin, die Munizipaleinrichtungen und die Finanzreformen. „Und abermals jetzt nach einem Kriege, der Europa aufs Tiefste bewegt hat und dessen Folgen noch nicht endgültig geregelt sind, zögert der Kaiser nicht, zum zweiten Male das wunderbare (prodigieux) Programm seiner innern Politik zu zeichnen.“ — Die protektionistische „Gazette de France“, welche jede England freundliche Politik als einen Verrath am Vaterlande ansieht, registriert mit finstern Blick die Thatsache, daß eine neue ökonomische Weltordnung im Anmarsch sei, welche alles Alte wie in einer Sündfluth wegwischen solle. Wenn doch nur ein sanfter Uebergang beliebt worden wäre! Das „Journal des Débats“ meint natürlich, daß sich das mit der neuen Weltordnung noch ziemlich halten lasse und eigentlich noch gar nicht viel gewonnen sei. Das „Siècle“ findet Alles sehr schön und wünscht nur Temporisationen. Die „Presse“ vermehrt nur Einiges: „Die Krone des Gebäudes, die Freiheit.“ Uebrigens hat der Finanzminister Magne in dem der Veröffentlichung des kaiserlichen Schreibens vorangegangenen Ministerrath sehr energisch gegen die Pläne des Kaisers protestirt, ist aber zuletzt durch Rouher und die Majorität überwältigt worden.

Belgien.

Brüssel, 16. Jan. [Der „Nord“ über die preussische Thronrede.] Die Rede des Prinz-Regenten sagt der „Nord“ hat in Deutschland eine vortreffliche Wirkung hervorgerufen. Die auf die europäische Politik bezügliche Stelle ist in ihrem Etonismus sehr bezeichnend, sie hat die enttäuscht, welche Preußen zur Vertheidigung der „anerkannten Rechte“ der Fürsten gegen die unveräußerlichen Rechte der Völker bewaffnet sehen möchten. (Davon steht ja aber auch nicht das Mindeste darin. D. Red.) In der deutschen Politik hat der Regent eine eben so offene, wie ehrliche und klar gezeichnete Stellung eingenommen. Die in der Thronrede angekündigten inneren Reformen werden von ganz Deutschland beifällig aufgenommen werden. Auf diesem Wege wird Preußen die „moralischen Eroberungen“ machen, von denen Se. K. Hoheit bei dem Antritt seiner Regentschaft sprach.

Schweiz.

Bern, 16. Jan. [Tagesbericht.] Der berühmte St. Galler Reisende v. Eschudi hat die ihm vom Bundesrath übertragene Sendung als schweizerischer Abgeordneter nach Brasilien in Auswanderungssachen angenommen. — Die Waadtländer Offiziere petitioniren gegen verschiedene Punkte der bundesrathlichen Vorschläge über Bekleidung des Heeres und wollen namentlich die geliebten Epauletten nicht fahren lassen. Auch die Genfer Offiziere befolgen das Beispiel, eigentlich aber nur in Betreff der Epauletten. — Eine große Anzahl von bernischen Kaufleuten und Expedienten hat in Burgdorf getagt, um über Maasregeln gegen die mangelhafte Güterbeförderung auf den Eisenbahnen zu berathen, und eine Kommission mit weiteren Schritten beauftragt. — Der „Baselbieter“ macht eine Vergleichung der schweizerischen Zeitchriften von 1820 bis 1860. An politischen und unpolitischen Blättern waren im Jahre 1829 26 erschienen, wovon im Kanton Zürich 5 und keines mehr als zwei Mal die Woche. Heute nun aber erscheinen in den Kantonen 298 verschiedene Zeitchriften, wovon 38 im Kanton Zürich und 46 in Bern; 29 erscheinen wöchentlich ein Mal, 42 zwei Mal, 16 drei Mal, 1 vier Mal, 26 sechs Mal und 10 erscheinen täglich; das heißt eine furchtbare Vermehrung. — In St. Gallen bemüht sich die ultramontane Partei, Volksversammlungen und Petitionen im Sinne ausgedehntester Volksrechte auf die Beine zu bringen; desto besser, denkt sie, kann später „Bernunft und Wissenschaft“ weggewaschen werden. — Die von den Revisionisten in Lausanne berufene Volksversammlung war nur von 500 (nach anderem Bericht von 3—4000) Personen besucht; man protestierte gegen die Ablehnung des im Großen Rath gestellten Antrags auf nähere Untersuchung über die jüngste Volksabstimmung und beschloß, auf Erneuerung der Behörden hinzuwirken. — Prof. Karl Vogt ist zum Präsidenten der von Faghy in Genf errichteten Akademie ernannt worden. — Betreffend die für die Juden gültigen Niederlassungsbestimmungen ist an den Bundesrath noch eine Note eingelaufen. Diesmal ist es Frankreich, welches sich an die Bundesbehörden wendet, um sich über die Beschränkungen zu beschweren, welchen französische Israeliten, die sich in der Schweiz niederlassen wollen, unterworfen sind. Frankreich spricht in dieser Note im Namen der Gewissensfreiheit, und verlangt die Beseitigung der verjährten Gesetze gegen die Juden, welche bei 7 Kantonen noch in Geltung seien.

Bern, 17. Jan. [Telegr.] Auf den Bericht des Bundesraths über die Dampentbalangelegenheit hat der Nationalrath die Ueberzeugung ausgesprochen, daß der Bundesrath die Würde und die Interessen der Schweiz wahren werde, hat jedoch vor Abtretung gegen Geldentschädigung gewarnt. — Der Ankauf der Dampfschiffe auf dem Langensee ist vom Nationalrath nicht ohne Opposition genehmigt worden.

Italien.

Turin, 13. Jan. [Zur Situation.] In der italienischen Frage ist äußerlich eine gewisse Ruhe eingetreten. Die neue Wendung der französischen Politik steht nun fest, Englands Haltung ist ziemlich deutlich gezeichnet, die Lage Oesterreichs nicht minder; was aber die Pläne der Italiener anbetrifft, so glaubt die „Gazetta di Milano“ aus guter Quelle melden zu können, daß die Turiner Regierung entschlossen sei, die thatsächliche Einverleibung Mittelitaliens zu vollziehen, wenn der Kongreß nicht zu Stande kommen sollte. „Diese Maasregel würde“, so setzt die „Mailänder Ztg.“ hinzu, „mit Jubel von den Bevölkerungen begrüßt werden und der Regierung die Bewunderung und den Dank einer ganzen Nation eintragen.“ Da Victor Emanuel laut einer telegraphischen Depesche aus Mailand vom 16. Jan. zu Anfang Februars in der Hauptstadt der Lombardie erwartet wird, so dürfte dies der Zeitpunkt sein, wo ihm diese Wünsche der neuen Provinzen, die immer allgemeiner werden, lebhaft ans Herz gelegt werden. Wesentlich zur Beschleunigung dieser Maasregel wirkt das Verfahren Oesterreichs, Truppen für den Papst anzuwerben. Die Italiener erblicken in der Mög-

Häufigkeit eines bewaffneten Konfliktes in der Romagna einen neuen dringenden Grund, die Einverleibung zu beschleunigen. Die „Gazetta di Modena“ bringt noch fortwährend Enthüllungen aus den Staatsarchiven, darunter Urtheile auf Prügelftraße, die in den Jahren 1849 und 1850 unter der Regierung der Herzogin-Regentin im Herzogthum Parma gefällt worden. — Die „Morn. Post“ zeigt an, daß in Kurzem eine Uebereinkunft abgeschlossen werden solle, um Mittelitalien unter den Schutz Frankreichs und Englands zu stellen. In einer Florentiner Korrespondenz der „Morn. Post“ wird ferner behauptet, falls der päpstliche Nuntius in Paris seine Pässe fordere, werde auf der Stelle General Goyon Befehl erhalten, Rom zu räumen.

— [Savoyen; Vermischtes.] Das Gerücht, daß der Turiner Hof Savoyen als nachträgliche Entschädigung an Frankreich abtreten werde, hat eine offizielle Widerlegung gefunden. Der Gouverneur von Savoyen, Hr. Dr. Serra, hat den amtlichen Besuch, den ihm der Gemeinderath von Chambéry bei seinem Eintritt ins Amt machte, zu der Erklärung benutzt, „in Turin sei niemals die Rede davon gewesen, Savoyen an Frankreich abzutreten“. Diese Erklärung wurde von den Anwesenden mit um so lebhafterem Beifalle aufgenommen, als die Liberalen in dieser Provinz durch die Gerüchte über Lord Cowley's Reise beunruhigt worden waren, während die Klerikalen und der ultramontane Adel, der früher französisch, nach Erscheinen der französischen Flugschrift sehr abgekühlt sind. Hr. Dr. Serra fügte, wie die „Indép.“ berichtet, hinzu, „er habe vor seiner Abreise von Turin, wie bei seiner Ernennung ausdrücklich den Mitgliedern des piemontesischen Kabinetts erklärt, er werde den Posten als Gouverneur von Savoyen nicht annehmen, wenn die Regierung irgend welchen Rückgang anhege, diese Provinz als Entschädigung für einen Gebietsverlust in Mittelitalien Frankreich zu überlassen“. — Die „Mailänder Z.“ will wissen, daß, wenn der Kongreß nicht zu Stande kommt, die sardinische Regierung die faktische Annexion Zentralitaliens zu bewirken beabsichtigt. — Der „Corriere mercantile“ erblickt in dem Briefe des Kaisers an den Papst einen glücklichen Beweis, daß Napoleon III. nicht wie sein Oheim bloß seinen persönlichen Eingebungen Gehör gebe, sondern daß er bei allen wichtigen Entscheidungen die Meinung seines Landes (?) wie die öffentliche Meinung von Europa (?) zu Rathe ziehe. — Hr. v. Talleyrand ist hier angekommen und wird übermorgen beim Könige empfangen werden. Hr. v. Grammont bleibt vorläufig noch in Rom. — Aus Neapel hört man fortwährend von Verhaftungen und aus Sicilien von Agitation. Der Abgeordnete Spinola veröffentlicht in der „Armonia“ eine Erklärung zu Gunsten des Papstes. — Der Bischof von Novara erließ an das Journal „Il Lago Maggiore“ wegen eines Artikels über das Papstthum ein Monitorium. — Die „Unione“ berechnet die Stärke des sardinischen Heeres auf 69,142 Mann. — In der Romagna setzt Kanti seine Bemühungen zur Herstellung der Nationalgarde fort. Am 14. März wird eine Generalrevue der sämtlichen in der Emilia vorhandenen Truppen in Bologna abgehalten werden. Die Nationalgarde in Bologna hat von der Regierung 1500 Flinten erhalten. — In Perugia sind Unordnungen unter dem Militär vorgefallen.

Turin, 14. Jan. [Telegr. Notizen.] Das Kriegsministerium hat für den 18. d. die Entlassung zweier Kontingentsklassen angeordnet. — General Francini ist gestorben. — Der König geht zwischen dem 10. und 35. d. nach Mailand. — „Momento“ legt den in Parma vorgekommenen Unruhen einen republikanischen Charakter bei. — Aus Bologna wird gemeldet: Kanti hat am 8. d. 4000 Mann toscanische Truppen unter Stefanelli's Kommando gemustert. — Die Negozierung des Anlehens, welches die Regierung der Provinzen der Emilia aufnimmt, ist den Häusern Belinzaghi in Mailand, Polani in Florenz und Rizzoli in Bologna übertragen worden.

Neapel, 8. Jan. [General Filangieri], der seine Entlassung erhalten (also doch?), ist schwer krank. Er hat sich nicht zu halten vermocht, obwohl Altkensstücke von seiner Verwaltung vorliegen, wie folgende geheime Instruktion vom 21. Dezember an die Generale: „Herr General! Se. Maj. der König haben geruht, zu befehlen, daß die Freiwilligen, welche in Blutsverwandtschaft mit politisch verdächtigen Individuen stehen, zum Dienste nur unter Beobachtung desselben Systems, das bei Aushebungen bisher galt, zugelassen werden, nämlich, daß nach erfolgter Zulassung ein Bericht erstattet wird, damit dieselben überwacht werden. Der König will jedoch, daß, wenn ein Name vorkommt, der in die Augen springt (que da all' ochia), ein Bericht mit eingehenden Angaben erstattet werde.“ (Ind.)

Rußland und Polen.

Warschau, 15. Jan. [Gnadematte; Straßenreinigung.] Vom 1. Jan. d. Z. ist ein kaiserlicher Befehl in Kraft getreten, durch welchen die Lage der entlassenen Militärpersonen der ehemaligen polnischen Armee, so wie ihrer Wittwen und Waisen bedeutend verbessert werden wird. Nach fernerer Bestimmung des Kaisers wird von dem Reservefonds im Budget des Königreichs Polen für das Jahr 1860 der Betrag von 100,000 R. S. zu Unterhaltungen für Beamte des Königreichs zur Verwendung kommen. Endlich hat die letzte Nummer der „Gazeta Rzadowa“ eine vom 23. Juni (3. Juli) v. J. datirte Instruktion über die Aufnahme der minderjährigen Söhne des polnischen Adels ins Kadettenkorps zur Kenntnis des Publikums gebracht. — Der große Schneefall zu Ende des verfloffenen Monats hat Warschau in so furchtbaren Schmutz gelegt, daß eine Tour zu Fuß ein läßliches Wagniß genannt werden konnte, und da man hier die Straßenreinigung größtentheils, nicht wie anderwärts durch Menschenhände bewirken läßt, sondern zu dem viel bequemeren und billigeren Aufwandsmittel der Reinigung durch Sonne und Frost im Winter, und durch Wind und Regen im Sommer greift, so kann man sich einen kleinen Begriff davon machen, wie es in Warschau aussieht, wenn es eine Woche lang geschneit, der Schnee festgefahren worden ist, und dann plötzlich Thaumwetter eintritt. Die engeren Straßen sind in solcher Zeit selbst für Fuhrwerke schwer passierbar und soll in der Weihnachtswache eine sehr hochgestellte Persönlichkeit mitten in der Stadt stecken geblieben und eine Achse des leichten Spazierwagens gebrochen sein. (Br. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 14. Januar. [Die Situation.] In den Straßen und auf den öffentlichen Plätzen unserer Stadt ist es in den letzten Nächten durch aus ruhig geblieben; aber die Ruhe ist nur eine scheinbare, äußerliche, oberfläch-

liche; man erkennt mehr und mehr und in immer weiteren Kreisen, was den Tiefstenden schon seit länger als einem Decennium einleuchtete, daß im Staate Dänemark nicht bloß Etwas, sondern sehr Vieles und in hohem Grade faul ist. Man bangt vor der Zukunft, ohne es auch nur zu wagen, den Schleier zu lüften, der theilweise selbst über der Gegenwart ruht, obwohl Jeder weiß, daß es schon seit langer Zeit keinen passenderen Moment, als den jetzigen gegeben hat, um „Geheimnisse von Kopenhagen“ zu veröffentlichen. Mit einem Worte, man steht ratlos vor den Räthseln der nächsten Zukunft. Bei allen dänischen Patrioten wird die Befürchtung, daß dem König vielleicht bald nur die Wahl bleibt, die Gräfin Danner vom Hofe und aus dem Lande zu entfernen, oder aber selbst die Krone niederzulegen. Und wenn er, wie wohl anzunehmen ist, die letztgedachte Alternative wählt, soll dann der alte, stumpfe Oheim des Königs, der Erbprinz Frederik Ferdinand, über den vor ein paar Jahren in den Zeitungen die amtliche Konfessionserklärung zu lesen war, und den die Kopenhagener ob der drückenden Schuldenlast, die er sich mit Hilfe dienstwilliger eigennütziger Unterhändler und Wucherer hat auferlegen lassen, öffentlich an den Pranger zu stellen seine Ehre tragen, soll dieser fast 70-jährige Greis über ein ungestümes Volk herrschen, das ihn schier verachtet? Und wenn derselbe zu Gunsten des designirten Thronfolgers, des Prinzen Christian zu Dänemark, auf die Krone von vornherein verzichtet, wird dieser Letztere allseitig anerkannt werden und die gefährlichen Feindschaften im Königreiche zum Schweben zu bringen und dem Haider zwischen den Dänen und den Deutschen in der dänischen Monarchie ein Ende zu machen im Stande sein? Wird nicht vielmehr das wüste Geschrei, daß er ein heimlicher Schleswig-Holsteiner sei, dann erst laut sich vernehmen lassen? Daß die jetzige Ruhe nur eine scheinbare, äußerliche ist, dafür zeugt unter Anderem die täglich zunehmende Zahl der Schriften über die Situation. Wir machen heute zwei solche namhaft, von denen die eine den Titel führt: „Eine Nacht aus der geheimen Geschichte des dänischen Hofes“, die andre überschrieben ist: „Aufruf an das Volk in Veranlassung der augenblicklichen Gährung, von einem freigesinnten Patrioten“. Außerdem will „Das Blatt“ von anonymen Briefen wissen, die zu einer öffentlichen Zusammenkunft an einem Abende der nächsten Woche auffordern und den Lesern durch Kopiratur ins Haus gebracht werden. Endlich erzählt man sich, der Polizeidirektor habe sich während der letzten Kravalle an den Chef der Bürgerbewaffnung, General Bruhn, mit der Frage gewandt, ob er erforderlichen Falls auf die Unterstützung der Bürger rechnen könne; General Bruhn habe geantwortet, daß er dafür einstehen könne, wenn er Generalmajor schlagen ließe, womit aber der Polizeidirektor nicht einverstanden gewesen sei. (N. Z.)

Türkei.

Konstantinopel, 3. Jan. [Ueber den Prozeß Dmer Pascha's] schreibt man dem „Pesther Lloyd“: „Obgleich der Urtheilspruch nicht veröffentlicht worden, so will doch hier Jedermann wissen, daß der ehemalige Generalsimus Dmer Pascha letztlich wegen übler Verwaltung und verübter Justizmorde vom Zivil- und Militärgouvernement Bagdads entsetzt und mit vieler Schonung nach Karbut exilirt, wegen absoluter Gehorhamverweigerung und Ausbleibung gegen die kaiserl. Befehle in Sivas verhaftet und seiner Würden entsetzt worden sei und nun wieder, wie am Beginn seiner Laufbahn, einfach Dmer Aga heiße. Seit Fethi Ahmet Pascha's Tode war der Fall Dmer Pascha's voraussehbar. Fethi Ahmet Pascha besaß das unbegrenzte Vertrauen des Sultans und hieß Dmer in dessen Gunst gegen alle Bemühungen seiner Feinde. Hingegen benutzte ihn auch Fethi, um in einer nur Fremden verzeihlichen derben Sprachweise seine jeweiligen Gegner beim Sultan anklagen zu lassen. Nur hohe Klugheit und Mäßigung hätten Dmer Pascha retten können, aber er besaß diese Eigenschaften nicht.“

Asien.

— [Neue Kämpfe in Anam.] Aus den kochinchinesischen Gewässern geht vom 22. Novbr. dem „Journal des Débats“ die Nachricht zu, daß der französische Kontreadmiral Page vor seiner Abfahrt nach China sich am 18. veranlaßt fand, den Anamiten noch einen Denksatz zu geben. An diesem Tage erschien Page mit der Fregatte „Remefis“, dem „Mlegelhon“, zwei Kanonenbooten, einem Transportschiffe und einer spanischen Korvette vor den etwa drei Meilen nördlich von der Turon-Bai liegenden und von einem Fort gekronten anamitischen Befestigungen. Die Anamiten eröffneten plötzlich ein heftiges Geschützfeuer, das von französischer Seite mit Nachdruck erwidert ward. Das Admiralschiff wurde Anfangs scharf mitgenommen, ein Bataillonschef vom Geniekorps wurde getödtet, der Kapitän der Fregatte „Remefis“, so wie ein Schiffsführer und ein Marine-Jüngling verwundet. Kontre-Admiral Page ließ unter dem Chef seines Generalstabes, Herrn v. Saulz, 300 Mann ans Land steigen und das Fort nehmen. Nach dreiviertelstündigem Kampfe wehte die französische Flagge auf dem Fort.

— [Der Feldzug an der Nordgrenze Audh's] ist fast beendet. Am 30. November hatte der Oberst Bulwan Sing, Befehlshaber in den Bergen, Beni Madho und dessen Brüder in dem Demsi-Thale angegriffen und getödtet und ein Brigadier im Terai zwei Elefanten mit vier Munitionswagen des Rena weggenommen. Die Rebellen flohen mit Zurücklassung ihrer Waffen, nach den Dschungeln. Am 3. Dezember meldete der Brigadier Holidith, daß Munno Khan verhaftet, Bulder Sing gefangen genommen worden sei und Ummer Sing sich Tags zuvor mit 200 Mann ergeben habe. Am 5. waren Davi Din und Gunga, Führer der Nussirabad-Brigade, im Lager als Gefangene, die letzte Brigade von Dschung Bahadur umzingelt.

Rom Landtage.

Herrenhaus.

Berlin, 18. Jan. Im Herrenhause ist die Vorlage über das Ehegesetz bereits im Druck erschienen und zur Vertheilung gekommen, durchaus in der Gestalt, wie es aus den Debatten im Abgeordnetenhause hervorgegangen ist. In einer Beilage werden die in der ersten Hälfte des Jahres 1859 eingegangenen Trauungsgeluche geheimer Personen zusammengefaßt. Es sind im Ganzen 933 Fälle, hiervon kommen 47 Dispensationsgeluche in Abzug, bleiben 886 Fälle; wovon die meisten (247) auf die Provinz Preußen, die wenigsten (4) auf die Rheinprovinz kommen. Im Uebrigen folgen die Provinzen Brandenburg 216, Schlesien 168, Sachsen 125, Pommern 70, Polen 44, Westfalen 11. Von diesen Geluchen sind 541 genehmigt, 176 abgelehnt, 168 noch unerledigt. In den 933 Fällen sind die meisten Ehen (843) wegen Gebrauchs geschieden, 297 wegen bösslicher Verlassung, 95 wegen gegenseitiger Einwilligung bei unüberwindlicher Abneigung, 77 wegen grober Verbrechen und entehrender Strafen, 55 wegen Säuflings. — Außerdem ist ausgegeben worden der Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung der §§. 65 und 69 und Ergänzung des §. 72 des Gesetzes vom 2. März 1850, betr. die Ablosung der Realitäten und die Regulirung der gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse. §. 1 verordnet die Aufhebung der früheren Bestimmungen, an Stelle deren nachstehende Vorschriften treten sollen: §. 2. Wenn die Auseinandersehungsbefehle eine Aenderung von Normal-Markorten und den damit zusammenhängenden Normal-Verhältnissen zu den Preisen der Markorten (§§. 23—25 des Gesetzes vom 2. März 1850) durch den Verfehr für geboten erachtet, so ist sie zu einer solchen Aenderung nach Anhörung der Bezirksregierung und ohne Zugiehung der Distriktskommission befugt. Der neue Markort ist für alle auf die Bekanntmachung der Aenderung folgenden Markort-Verhältnisse maßgebend. §. 3. Eine Revision oder Ergänzung der Normalpreise kann die Auseinandersehungsbefehle bewirken, wenn und so weit sie ein Bedürfnis dazu anerkennen, sofern nur die geltenden Normalpreise schon mindestens zehn Jahre hindurch in Wirksamkeit gewesen sind. Die Revision oder Ergänzung erfolgt auf dem in §. 67 des Gesetzes vom 2. März 1850 bezeichneten Wege; jedoch wird die Wahl der Mitglieder der Distriktskommission (§. 68 l. c.) der Auseinandersehungsbefehle übertragen. Die revidirten Nor-

malpreise finden auf alle, nach ihrer Bekanntmachung bei der Auseinandersehungsbefehle anhängig gemachten Ablosungen Anwendung. §. 4. Was im §. 72 des Gesetzes vom 2. März 1850 in Bezug auf die erste Festsetzung der Normalpreise verordnet worden ist, das gilt auch für den Fall der Revision der Normalpreise. Zur Motivirung der Dringlichkeit dieses Gesetzesvorwurfs heißt es: In der Mitte des Jahres 1860 läuft die zehnjährige Periode der Gültigkeit der gegenwärtigen Normal-Markorten und Normalpreise ab, es ist also noch möglich, der als unnötig erklärten Revision der letzteren vorzugehen und dadurch eine überflüssige Wahlbewegung, so wie die Herausgabe von etwa 22,000 Thln. aus der Steuerkasse zu ersparen, wenn das Gesetz in der gegenwärtigen Landtagsdiät zu Stande kommt.

Das Resultat der in den Abtheilungen vollzogenen Wahlen der Vorstehenden und Schriftführer ist folgendes: 1. Abth. Vor. Graf v. Arnim-Boymburg, Stellvertreter Uhden, Schriftf. Viper, Stellv. v. Wadow-Steinhöfel. 2. Abth. Vor. Herzog von Ratibor, Stellv. Graf v. Rittberg, Schriftführer v. Reibnitz, Stellv. Hasselbach. 3. Abth. Vor. Dr. v. Duesberg, Stellv. v. Webing, Schriftf. Beyer, Stellv. Groddeck. 4. Abth. Vor. v. Plätz, Stellv. Dr. Göge, Schriftf. Schr. v. Diershausen, Stellv. Schr. v. Rothkirch-Trach. 5. Abth. Vor. Hr. v. Frankenberg, Stellv. Graf v. Spennitz, Schriftf. v. Rabenau, Stellv. v. Gutzmerow.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 18. Jan. Von den schon erwähnten Gesetzesvorlagen und Anträgen sind bereits mehrere im Druck erschienen. Wir erwähnen als von Interesse für unsere Leser: Den Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des §. 83 der Steuerordnung vom 8. Febr. 1819 und der Deklaration vom 6. Okt. 1821. Derselbe bestimmt durch §. 1, daß an Stelle der gedachten Verordnungen folgende Bestimmungen treten: §. 2. Wer Brauerei als Gewerbe, Brauereibrennerei, Weinbau oder Tabaksbau betreibt, muß für sein Gewerbe, seine Diener, Gewerbegesellen und seine im Hause befindliche Ehegattin, Kinder und Anverwandten rüchlichlich der wegen Verlegung der Gelege über die Braumalz, Brauwein, Wein- oder Tabaksteuer verhängten Geldbuße mit seinem Vermögen haften. Dasselbe gilt von den Gesellen und den Prozeßhelfern, zu deren Zahlung eine der vorgedachten Personen wegen einer Zwangsverhandlung der genannten Art verurtheilt worden ist. — §. 3. Der Steuerverwaltung bleibt in dem Falle, wenn die Geldbuße von dem Verurtheilten nicht beigetrieben werden kann, vorbehalten, die Geldbuße von dem subsidiarisch Verhafteten einzuziehen, oder statt dessen, und mit Verzichtung hierauf, die im Unvermögensfalle an die Stelle der Geldbuße tretende Freiheitsstrafe sogleich an dem Angeklagten vollstrecken zu lassen, ohne daß letzterenfalls die Verbindlichkeit des subsidiarisch Verhafteten rüchlichlich der Gelege und Prozeßhelfern dadurch aufgehoben wird. — §. 4. So weit in Gesetzen über Abgaben in Ansehung der Vertretungsverbindlichkeit keine besonderen Anordnungen getroffen, vielmehr statt dessen die Bestimmungen des §. 83 der Steuerordnung vom 8. Febr. 1819 und der Deklaration vom 6. Okt. 1821 für anwendbar erklärt worden sind, treten fortan die Vorschriften der §§. 2 und 3 dieses Gesetzes an die Stelle des §. 83 der Steuerordnung vom 8. Febr. 1819 und der Deklaration vom 6. Okt. 1821.

In der diesem Gesetzesentwurf beigefügten Denkschrift heißt es zur Motivirung der vorgeschlagenen Veränderungen unter Anderem: „Die bis jetzt bestehende gesetzliche Vorschrift hat einen Uebelstand fühlbar gemacht insofern, als die Steuerverwaltung zwar in Ausübung der ihr dieserhalb zustehenden Befugnisse, einen subsidiarisch Verhafteten, welcher aus Mache, Bosheit oder Gewinnsucht eines Gewerbegesellen in die Lage gebracht wird, eine Geldstrafe an Stelle dieses unvermögenden Gehälfen zahlen zu sollen, von dieser Verbindlichkeit zu befreien vermag, jedoch nicht begehren kann, ohne zugleich den eigentlichen Schuldigen der wohlverdienten Strafe ganz zu entziehen. Die Befreiung dieses Uebelstandes scheint wünschenswerth.“ Es wird sich empfehlen, „der Steuerverwaltung die Entscheidung darüber zu überlassen, ob in dem Falle, wenn die Geldbuße von dem eigentlichen Schuldigen nicht beigetrieben werden kann, die Geldbuße von dem subsidiarisch Verhafteten einzuziehen oder statt dessen und mit Verzichtung hierauf die im Unvermögensfalle an die Stelle der Geldbuße tretende Freiheitsstrafe sogleich an dem eigentlichen Schuldigen vollstreckt werden soll.“ Die Uebertragung dieser Befugnis an die Steuerverwaltung in Betreff dieser Steuern würde nicht bedenklich erscheinen, da in Betreff anderer schon analoge Fälle vorliegen.

Von den Abgeordneten Hartmann, Ambrohn und Schmückert ist folgender (in der vorigen Session nicht erledigter) Antrag eingebracht: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: der königl. Staatsregierung gegenüber sich dahin auszusprechen, daß sowohl im allgemeinen Interesse, als auch im Interesse der betreffenden Landestheile eine von Guben (an der niederländisch-märkischen Eisenbahn) nach Köderau (an der Zülpicher-Bielefeld-Bahn) zu erbauende Eisenbahn und demgemäß die Ertheilung der Konzession für eine solche Bahn geboten sei.“ Wie aus dem diesem Antrage beigefügten Motiven ersichtlich, will sich bei dem Unternehmen die Stadt Guben mit 100,000 Thln., die Stadt Köderau mit 100,000 Thln., die Stadt Finsterwalde mit 75,000 Thln., die Stadt Kalau mit 10,000 Thln., und die Betsig-Dresdener Eisenbahn-Kompagnie mit 1,000,000 Thln. theilhaben. Unterstützt wird der Antrag von 23 Abgeordneten. PB.

Militärzeitung.

Preußen. [Die gezogenen Kanonen; Vermischtes.] Eine der reitenden Batterien des Garde-Artillerieregiments ist nunmehr wirklich mit den neuen gezogenen Kanonen ausgerüstet worden, und soll dem Vernehmen nach bis nächsten Monat dasselbe bei sämtlichen 8 Linien-Artillerieregimenten stattfinden. Bis zum Frühjahr hofft man bereits bis zur Ausrüstung einer zweiten Batterie vorgeschritten zu sein, doch erhält sich dem gegenüber noch immer die Ansicht, daß die gezogenen Batterien auch auf dem Kriegsfuß nur je 4 Geschütze besigen werden. Weiter scheint man vorläufig in Anfertigung der gezogenen Geschütze nicht gehen zu wollen, um so frähtiger dagegen soll die Aufstellung des neuen Belagerungsparks zu 3 Sectionen von ausschließlich 36—43 schweren gezogenen Kanonen, und die Beschaffung von ebensoviele schweren Stücken zu Marinegeschützen und Strandbeschießungen in die Hand genommen werden. Dem Vernehmen nach wird die Militärvorlage an die diesjährigen Kammern auf Abänderung der Bestimmungen des Landwehrgesetzes vom 3. Sept. 1814 lauten, und es sich dem entsprechend also bei den desfallsigen Verhandlungen in beiden Häusern mehr um die Ausführung und Bestimmung der Prinzipienfrage, als um die Ausführung der Details der neuen Armee-Organisation handeln. Die Batterien bei den gezogenen Feldkanonen, welche bekanntlich anfänglich für deren Beschaffung eine so große Schwierigkeit bildeten, sind übrigens, nachdem man jetzt das Metall der Kanonenrohre stärker gemacht und dadurch den Rückstoß derselben bedeutend ermäßigt hat, die einfachen 6-Pfünder-Batterien, die dem Vernehmen nach jetzt allen Anprüngen genügen.

Oesterreich. Nach der „Militär-Zeitung“ hat der Kaiser eine neue Formation der Grenztruppen angeordnet. Diese haben hiernach in 14 Grenz-Infanterieregimentern und jedes Regiment aus 3 Bataillonen zu 6 Kompagnien zu bestehen, wovon im Frieden nur das 1. und 2. Bataillon bei einem jeden der 14 Grenz-Infanterieregimentern aufgestellt, die dritten Bataillone aber außer Aktivität bleiben. Die Grenz-Infanterie soll künftig nicht mehr als leichte, sondern als Linientruppen behandelt werden, und in Ausmarschfällen ist dieselbe in der Regel nicht in einzelnen Bataillonen, sondern in ganzen Regimentern unter der Führung ihrer Obersten, entweder im Vereine mit Linientruppen oder nach Umständen in ganzen Grenzbrigaden, zu verwenden.

Schweiz. [Neue Organisation der Landwehr.] Die neue Organisation der schweizer Landwehr hat nunmehr auch die hierfür allein noch ausstehende Bestätigung des schweizer Nationalraths erhalten, und wird dieselbe demnach in Zukunft gebildet werden: 1) aus der Mannschafft, welche aus der Reserve getreten ist; 2) aus den Ueberzahligen der Reserve; 3) aus derjenigen Mannschafft, welche wegen zeitiger Abwesenheit dem Auszug und der Reserve nicht zugehört werden konnte. Die Dienstzeit der Landwehr ist für die Offiziere bis zum 60., für die Unteroffiziere und Mannschafft bis zum 44. Lebensjahr festgesetzt worden. Der Gesamtbestand der Landwehr beträgt 28 Infanteriebataillone zu je 6 Kompagnien à 125 Mann nebst 9 nicht eingetheilten, gleich starken Kompagnien und noch 24 Kompagnien Scharfschützen, à 100 Mann; 9 Kompagnien Dragoner, à 77 Mann, 2 1/2 Kompagnie Guiden, à 32 Mann; 24 Kompagnien Artillerie von nicht angegebener Stärke, und 5 Geniekompagnien, wieder zu je 100 Mann. Die Waffen müssen sich die Mannschafft selbst beschaffen, nur im Unvermögensfalle werden sie vom Staate geliefert, doch übernimmt derselbe die Anschaffung der Seitengewehre und bei der Kavallerie der Pistolen. Als Montur werden der Mannschafft die von dem Bundesauszug und der Reserve abgelegten Monturgeschätze überwiesen. Wo diese Uniformen zur Ausrüstung nicht ausreichen, genügt statt aller Uniformierung eine vom Staate gelieferte Kapotte und ein grauer, ungefleister Hut mit halb-

(Fortsetzung in der Beilage.)

der Töpler gehöre. Der Gewerberath hat sich auf Grund einer früheren Verfügung der I. Regierung dahin erklärt, daß diese Arbeit auch Maurern meistern gestattet sei. Schließlich wurden 2 Dispensationsgesuche von Schlosserlehrlingen, welche nach einjähriger Lehrzeit die Gesellenprüfung abzulegen wünschten, um zum Kaufsacke überzugehen, bewilligt. — Die Preise für Getreide, namentlich bei Roggen, waren in den letzten Wochen kleinen Schwankungen ausgesetzt. Für Weizen zahlte man pro Wipl. (bei 120—133 Pfd. holländisch Gewicht) 48—58 Ebr., Roggen (118—130 Pfd.) 36—40 Ebr., große Gerste 36—40 Ebr., kleine Gerste 32—36 Ebr., Hafer (26 Scheffel) 20—25 Ebr., Erbsen 40—50 Ebr. Die Kartoffeln, welche in den Kellern vielfach faulen, kosten auf dem Markte pro Scheffel 14—15 Sgr. Die Zufuhr von Getreide war in den letzten Wochen wegen schlechten Wetes im Ganzen nur mittelmäßig, jetzt ist sie, wie die Kauflust, wieder recht rege. Der Baht ist nur wenig Getreide nach Berlin verschickt. — Die erste diesjährige Schwurgerichtsperiode für die Kreise Schwibin, Noworawl und Bromberg, hat vorgestern, unter dem Vorsitze des App. Ger. Rathes Hirschfeld, bei begonnen und wird bis zum 27. d. M. dauern. Es kamen gestern 3 Prozesse zur Verhandlung, die sämmtlich ohne Zuziehung der Geschworenen zu Ende geführt wurden, da die Angeklagten geständig waren. Darunter war ein Fall von Bigamie. Der Schlichter Johann Bettin aus Rudzowo bei Kulm ist 1847 zu Bivno in russisch Polen mit Louise Wylke getraut worden. Diese Ehe besteht noch, da beide Theile leben und nach ihrer übereinstimmenden Aussage eine richterliche Scheidung nicht stattgefunden hat. Am 25. Febr. 1855 hat aber Bettin, nachdem er seine erste Frau in Polen heimlich verlassen, sich abermals in Noworawl mit Wilhelmine Schalksneider trauen lassen. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu 2 Jahren Zuchthaus. — Der Barbierlehling Adolph Wolff von hier war angeklagt, von dem Barbierlohn, das er von den Kunden theils mit, theils ohne quiritirte Rechnungen eingezogen, etwa 3 Thlr. 15 Sgr. für sich behalten zu haben. Er wurde schuldig befunden und zu 4 Monaten Gefängniß und einer Geldbuße von 5 Thlr. event. noch 3 Tagen Gefängniß verurtheilt. — Am Sonnabend Abend begaben sich mehrere Steuerbeamte nach dem nahegelegenen Wilczek, woselbst, wie sie erfahren, ein Maurergeselle ein großes Schwein unversehrt geschlachtet hatte, um das Fleisch zur Stadt zu bringen. Die Desfrandanten löschten bei Annäherung der Beamten die Lichter im Hause, verarmmelten die Hausthür und leisteten hartnäckigen Widerstand. Erst einer herbeigerufenen Abtheilung Soldaten gelang es, sich Eingang zu verschaffen; von dem Fleisch wurden aber nur bloß noch 28—30 Pfd. vorgefunden. — Frau Auguste Salla, eine durch ihre außerordentlichen Fertigkeit im Klavierspiele hier sehr geschätzte Pianistin, welche auch in voriger Woche bei uns ein recht lebhaft beachtetes Konzert gegeben, beabsichtigt in nächster Zeit eine Kunstreise anzutreten, auf der sie auch Polen beitreten wird. (In jetziger Zeit Kunstreisen? Das ist gewagt. D. Red.)

S — (Vieurtemp)s, ein Fürst der Violine, einer der ersten und bedeutendsten Meister auf seinem Instrumente, und unbedingt der größte unter den jetzt lebenden Repräsentanten der belgischen Schule, der auch seinen berühmten Lehrer Bériot überflügelt, wird, wie wir zu unsrer Freude hören, auf seiner Reise nach Petersburg auch hier — wahrscheinlich in den ersten Tagen der künftigen Woche — sich hören lassen. Unser Theaterdirektion gebührt das Verdienst, den großen Künstler dazu bewogen zu haben, und wir glauben überzeugt sein zu dürfen, daß unsere Musikfreunde ihr dies Dank wissen werden. Solche Künstler zu hören, bietet sich, nicht bloß hier in Posen, sondern auch in anderen größeren Städten, nicht oft Gelegenheit, denn es giebt deren nicht viele — eine Gelegenheit, die man gewiß um so weniger versäumen wird, als Vieurtemp)s jetzt, dem Vernehmen nach, auf seiner letzten Kunstreise begriffen ist. Wir freuen uns aufrichtig, dem trefflichen Meister, den wir zuerst vor zwei Decennien und jetzt seit 14 Jahren nicht wieder gehört, noch einmal ein freundliches Willkommen zuzurufen zu können.

in Grätz, 18. Januar. [Festschrift; Konferenz.] Seit dem 9. März v. S. besteht hier für die hiesigen kath. Lehrer, und für die der nächsten Angehörigen ein Lehrverein, dessen Präses der hiesige Probst Dr. v. Prusiniowski und dessen Bibliothekar und Rendant der Lehrer Hammer ist. Zweck des Vereins ist gegenseitige Mittheilung der im Gebiete der Pädagogik gemachten Erfahrungen, resp. praktischer Vorschläge aus der Erziehung, und Unterrichtsaufsicht zur Hebung der Elementarschule. Jedes der 16 Mitglieder zahlte im vorigen Jahre vierteljährig 7½ Sgr., in diesem Jahre ist der Beitrag auf 5 Sgr. erniedrigt, und doch wird die Zahl der Vereinsmitglieder noch bedeutend vermehrt. Die Anschaffung des betreffenden Lehrstoffes ist dem Vorstände überlassen. In jedem Vierteljahre treten die Mitglieder des Vereins einmal zusammen. Es kommen dabei die den Lehrern zur schriftlichen Bearbeitung gegebenen Thematika zur allgemeinen Verbreitung und manche Punkte bringen oft sehr anregende Debatten hervor. — Am Sonnabend (am seit dem Bestehen des Vereins unter dem Vorsitz des Probstes Dr. v. Prusiniowski die vierte Konferenz hier statt, zu der 13 Lehrer erschienen waren. Von den 3 fehlenden sind 2 vom Vereine entlassen worden, weil sie bisher zu wenig Interesse zur Sache an den Tag gelegt haben. Für diese Konferenz waren drei Thematika von den Lehrern schriftlich bearbeitet. Drei der Abhandlungen, darunter 2 polnische und 1 deutsche, über das Thema: „Auf welche Weise kann der Lehrer seine Stellung ohne Erhöhung des Gehaltes verbessern“, wurden als die besten anerkannt, und riefen interessante Debatten hervor. Schließlich machte auch der Präses seine Bemerkungen über die abgehandelten Vorträge der Lehrer und gab für die nächste Konferenz vier neue Thematika.

Wollstein, 18. Jan. [Jüdische Gemeindeangelegenheiten; kath. Waisenhaus.] Vor vier Jahren betrug die Schuldenlast der hiesigen jüdischen Gemeinde über 8400 Thlr. und jetzt beträgt sie nur noch 1583 Thlr. Dieses günstige Resultat ist größtentheils durch die nicht unbedeutenden Ablösungsgelder der von hier verzogenen Gemeindemitglieder erzielt, welche bekanntlich nach den gesetzlichen Bestimmungen zur Schuldentilgung verwendet werden müssen. Der Gemeinde-Etat für das laufende Jahr schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1163 Thlr. Fall die Hälfte der Einnahme fließt aus direkten Steuern (Fleischgeld u. m. A.) und der Rest wird durch Reparation aufgebracht. Durch das erhöhte Gehalt der Gemeindefaltusbeamten ist die Ausgabe zwar um 150 Thlr. gestiegen; da aber durch Abzahlung von Kapitalien die jährlich zu zahlenden Zinsen bedeutend vermindert werden, so ist die Repartition nur unbedeutend höher, als im vorigen Jahre ausgefallen. Außerdem hat die Gemeinde gegen 450 Thlr. jährlich für Unterhaltung der zweiklassigen Elementarschule aufzubringen. — In der jüdischen Gemeinde unserer Nachbarstadt Schmiedel sind durch den Rabbiner und Gemeindevorsteher über 20 Thaler als Spenden zu der vom Rabbiner Dr. Philippsohn in Magdeburg beantragten Herausgabe wohlfeiler hebräischer und hebräisch-deutscher Bibeln gesammelt worden. Diese verhältnismäßig kleine Gemeinde beschämt so manche große wohlhabende Gemeinde unserer Provinz, die jenem Unternehmen kalten Indifferentismus entgegenstellt. — Die bedeutende bauliche Erweiterung des hiesigen kath. Waisenhauses (s. Nr. 1) wird schon zum Frühjahr d. Z. in Angriff genommen werden. Die zum Bau erforderlichen Materialien werden jetzt angeschafft. Wie verlautet, soll nach Vollendung des Baues mit dem Waisenhause eine Kleinkinderbewahranstalt verbunden werden. Zur Unterhaltung einer alsdann noch anzustellenden Erzieherin soll eine hochgestellte adlige Dame, die der Anstalt schon sehr viele Wohlthätinnen gewährt, von Neuem 2000 Thaler hergeben wollen.

5 Bromberg, 18. Januar. [Gewerbe-Verat]; Getreidepreise; Schwurgericht; Defraudation u. In der in voriger Woche stattgehabten Plenarsitzung des Gewerbe-Raths kam unter Anderem auch eine Anfrage des hiesigen Kreisgerichts zur Erörterung, ob das Sehen von Feuerherden, wenn sie mit Racheln belegt sind, in das Gewerbe der Maurer oder lediglich in das

Dom 19. Januar.

HOTEL DU NORD. Ritterguts- und Landrath a. D. v. Bergen aus Ober-
Gerndorf, Schauspieler Gubich aus Königsberg i. Pr., Rittergutsbesitzer
v. Krzyżanski und Referendarius v. Nisinski aus Sapowice.
OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Gutsbesitzer v. Waligorski aus
Rostoworow und Grundwald aus Dornopol, Inspektor der Korrektionen,
anlässlich Anstalt aus Kottbus, Probst Pawlowski aus Geradz, die Kaufleute
Kleiberg aus Jersohn, Goldschmidt aus Derenberg und Kesselberg aus
Königsberg i. Pr.
SCHWARZER ADLER. Gutsächter v. Raczynski aus Biernastki, die
Gutsb. Hildebrand aus Polzgwinnica und v. Zolnowski aus Zajczkowo.
BAZAR. Die Gutsbesitzer v. Essow aus Borusyn und v. Edwardowski aus
Kobylinski.
MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. General-Landchaftsrath v. Lahowenz
aus Gutenwerda, Baumeister Württemberg aus Krottschin, Fabrikant
Hester aus Krefeld, die Kaufleute Michaelis und Anger aus Chemnitz,
Eilmann aus Ebersfeld, Schröder aus Eisenach, Cohn aus Halle, Kauf-
leute und Endemann aus Berlin.
STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Gutsächter Sasse aus Neuborn,
Gutsb. Zeiske aus Bielezyn, Medizinalrath Dr. Herrig aus Dornopol,
die Kaufleute Rötke aus Heidelberg und Wollfsohn aus Krottschin.
BUSCH'S HOTEL DE ROME. Rittergutsb. Walz aus Göhra, Inspektor
Häpiger aus Berlin, die Kaufleute Ernst aus Leipzig, Anst aus Rem-
scheid, Cadura aus Breslau und Schiffner aus Dresden.
HOTEL DE PARIS. Die Gutsb. v. Kotarski aus Kamieniec und Epp-
hienewski aus Pietrowo, Probst Polczewski aus Nur. Gossin und Kauf-
mann Gering aus Jarocin.
HOTEL DE BERLIN. Rittmeister a. D. Basse aus Polzgwinnica; die
Gutsb. Milczewski aus Kloben und v. Zychlinski aus Budzyn, Deconom
Müller aus Escharbojewo, die Wirthsch. Inspektoren Briele aus Lubosin
und Wjgorzel aus Poznanski, Zimmermeister Riege aus Breslau, die Kauf-
leute Baldowski aus Gostyn, Vettinger aus Rastow, Manfiewicz aus
Breslau, Bernhard aus Bries, Japka aus Bojanowo und Lebow aus
Berlin, Inspektor Schulz aus Kallisch, Ober-Inspektor Plehn aus Groß-
Sejorn, Gutsächter Puschel aus Groß-Guttenow und Rittergutsbesitzer
Raezel aus Trzebielino.
HOTEL DE VIENNE. Gutsächter Dehmel aus Mlodast.
GROSSE EICHE. Gutsb. Wojtowiski aus Legowo und Partikular Wje-
niewski aus Gumin.
HOTEL ZUR KRONE. Die Kaufleute Cohn aus Washington, Schama-
talski aus Pinn und Böwijnsohn aus Strzelno.
BUDWIG'S HOTEL. Viehhändler Hamann aus Gottschimmerbruch, die
Kaufleute Guttman aus Grätz, Beermann aus Pudewitz, Robinsjohn
und Radt aus Zerow.
ZUM LAMM. Kaufmann Boas aus Tirschtiegel.

lich versiegelt und unter Vermerk „**Matri-
cial-Lieferung zum Gefangenhause in
Schrimm**“ unter der Adresse des Unterzeich-
ten bis spätestens Dienstag den 31. Januar d. J.
Vormittags 10 Uhr einreichen, zu welchem Sa-
be und Stunde die Eröffnung im Beisein der Sub-
mittenten stattfinden soll.

Später eingehende Offerten können nicht be-
rücksichtigt werden.

Schrimm, den 13. Januar 1860.
Der Wegebau-Inspector **Lunge**.

Bräuerei- und Gasth.

Zum Verkauf der hiesigen, im besten Zu-
stehenden vorstädtischen Bräuerei nebst Mal-
wirthschaft, genügender Stallung, Kegelbahn-
Garten, nebst 2 wasserreichen Brunnen ist ein-
und Stelle angelegt, wozu wir qualifisirte Käu-
ferm Termin eine Kaution von 1000 Thlr., un-
d. J. eine Anzahlung von 3000 Thlr. zu erlege-
der Zuschlag vorbehalten. **Gubran**, den 18.
die Deputation der vo-

Nothwendiger Verkauf.
Königliches Kreisgericht zu Posen,
Abtheilung für Civilsachen.
Posen, den 5. August 1859.

Das den **Friedrich und Lina Seidemann**
schen Eheleuten gehörige, in **Posen**, Vorstadt
Wallfischel sub Nr. 108 belegene Grundstück
abgeschätzt auf 49,112 Thlr. 16 Sgr. 10 Pf.
zufolge der nebst Hypothekenschein in der Reg-
stratur einzubehalten Tare, soll
am **27. März 1860 Vormittags 11 Uhr**
an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.
Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hy-
pothekendrucke nicht ersichtlichen Realforderung
ihre Prioritizirung aus den Kaufgebühren
haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu
melden.

Die dem Verkaufsteile nach unbekannte Glä-

Der Bürgermeisterposten hiesiger Stadt ist vom 1. October c. ab, auf zwölf Jahre zu be-
setzen. Es ist damit ein fixirtes Gehalt von 450
Thlrn. verbunden, außerdem gehören dazu die
gewöhnlichen Sporeten und Einkömen von der
Einziehung der königlichen Steuern. Qualifizierte
Bewerber wollen sich unter portofreier Einrei-
chung ihrer Atteste bis zum 1. März c. an un-
terstehenden, Kaufmann **Alexander Müller**
wenden.

Schmiegel, den 2. Januar 1860.
Die Stadtverordneten-Versammlung.

op - Verkauf in Gubrau.

ustande, guten Ruf und starken Geschäftsverehr
gäueschmühle, Brantwein - Destillation, Gast-
a und großem Gemüse, Obst- und Gesellschafts-
a Termin auf den **20. Februar d. J.** an der
ufer mit dem Bemerken einladen, daß jeder Vierter
bei Ueberrnahme des Etablissements zu Johanni
hat. Der Taxwerth ist 8330 Thlr. und bleib
Sannar 1860.

espädtischen Brantcommune.

bigern, die **Caroline Elisabeth Constan-**
tia Baronesse v. Greiffenheim, wird hierzu
öffentlich vorgeladen.

Nachlaß - Auktion.

Im Auftrag des königlichen Kreisgerichts hier
werde ich den Nachlaß nach dem in **Kosten** ver-
storbenen königlichen **Staatsanwalts Kyll**
und zwar **Donnerstag den 19. Januar c.**
Nachmittags 3 Uhr im **Zimmer Nr. 13 im**
königlichen Kreisgerichts-Gebäude
eine große Partie juristischer
Bücher
und **Freitag den 20. Januar c. Vormittags**

von 9 Uhr und erforderlichenfalls Nachmittags
von 7/3 Uhr ab in dem Auktions-Locale
Magazinstraße Nr. 1
Gold- und Silbersachen, Preziosen,
eine Taschenuhr, Betten, ganz gute
Tisch-, Bett- und Leibwärsche, ganz
gute Damen- und Kinder-Garderobe,
Tapisserie-Sachen und diverse andere Ge-
genstände,
öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung ver-
steigern. **Zobel**, gerichtlicher Auktionator.

Möbel-Auktion.
Freitag am 20. Januar c. Vormit-
tags von 9 Uhr ab werde ich wegen Ver-
setzung im Schmiedemeister Rudolph-
schen Hause, Halldorfstraße Nr. 15
ein herrschaftliches Mobiliar,
bestehend aus sehr gut erhaltenen
Mahagoni-, Eichen- u. Birken-
Möbeln, als: Tische, Stühle, Sop-
has, Kleider-, Wäsche- und Küchen-
spinde, Kommoden, Waschtische, Bett-
stellen mit Sprungfedermatrassen, Bet-
ten, Teppiche, Glas- und Porzellan-
sachen, so wie Gang-, Küchen- und
Wirthschaftsgeräthe,
gegen baare Zahlung öffentlich meistbietend ver-
steigern. **Lipfzig**, Auktionskommissarius.

Zwei Landwirthschaften mit 149 Morgen 89 □ R.
und 111 Morgen 134 □ R. Alter II. Klasse,
nebst Wohn- und Wirthschaftsgebäuden im besten
Zustande, wobei 1 1/2 Morgen Garten, in hie-
siger Kreisstadt belegen und zur Gastwirthschaft
geeignet, sollen sofort verkauft werden. Nähere
Auskunft ertheilt der Kommissionsair **Streil**
in Bf.

Ein Wohnhaus Nr. 30 beabsichtige
 ich sofort aus freier Hand zu verkaufen.
 Posen. **August Grotz.**

Von meinem Holzplage Sand-
 straße 8 verkaufe ich die Klasten
 gutes Birkenloebenholz mit 5 Zblr. 10 Sgr.
 die Waldklasten frei ins Haus 5 1/2 Zblr.
Adolph Schwerin,
 gr. Gerberstr. 33.

Engl. dopp. gefiebte Ruch-
sohlen, reine Waare, offerirt billigt
Rudolph Rabsilber,
 Creditur, Breitestr. 20.

Bestellungen auf **Dünger-Gipsmehl**
 in bekannter vorzüglicher Qualität über-
 nehme ich bei zeitiger Aufgabe zu den irgind
 billigsten Preisen.
Eduard Ephraim,
 Posen.

Waldsamen.

| | à Zentner. | à Pfd. |
|---|------------|-------------|
| Riefeln (<i>Pinus sylvestris</i>) | 65 Th. | 22 1/2 Sgr. |
| Fichten (<i>Pinus picea</i>) | 14 | 5 |
| Eärden (<i>Pinus larix</i>) | 25 | 8 1/2 |
| Birken (<i>Betula alba</i>) | 6 | 2 |
| Roth-Erlen (<i>Alnus glutinosa</i>) | 20 | 7 1/2 |
| Weiß-Erlen (<i>Alnus incana</i>) | 25 | 8 1/2 |
| Altsien (<i>Robinia spendo</i>) | | 8 1/2 |

frischer feimfähiger Qualität, verkauft der Kiste
 verwahrt **Gaertner** in **Wönthel** bei
 Sagan.

